PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 4. August 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Deutsche Valuta.

Es gibt immer Leute, die auch in der größten Zeit den Blick für das Kleine nicht verlieren. Darunter solche, die aus diesem Kleinen sich ihre großen Sorgen machen. Eine unangenehme Begleiterscheinung der Situation, in die wir durch den Wirtschaftskrieg von unseren Feinden gedrängt worden sind, ist die niedrige Bewertung der deutschen Valuta im Auslande. Das feindliche Ausland gibt sich mit unserer Valuta augenblicklich ja nicht ab. Denn Forderungen, die wir an unsere Feinde haben, werden von diesen nicht honoriert, und die Forderungen von unseren Feinden gegen uns bezahlen wir nicht. Nachdem nun auch Italien in die Reihen unserer Feinde eingeschwenkt hat, bleiben außer unseren Bundesgenossen nur noch ganz wenige neutrale Nachbarstaaten übrig, mit denen wir in Güteraustausch stehen, wenn man von den Vereinigten Staaten absieht. Der Verkehr mit Amerika aber ist uns tatsächlich so gut wie völlig unterbunden. Wenigstens sind wir, von Kleinigkeiten abgesehen, nicht einmal telegraphisch in der Lage, dort direkt irgend welche finanzielle Dispositionen zu treffen. Inwieweit das indirekt möglich ist, darüber hat wohl niemand ein klares Bild in Deutschland. Bleibt also im wesentlichen der Verkehr mit Holland, den skandinavischen Ländern und mit der Schweiz. Dieser Verkehr ist nun allerdings ein recht einseitiger. Unser Export ist gering. Mindestens deckt er nicht den Import von dort. Der Import ist freilich auch gering, aber es bewahrheitet sich hier gerade die alte Regel, daß es auf die Mengen in Debet und Kredit bei der Preisbildung weniger ankommt als auf die Spitzen, die zu regulieren sind. Ein Ueberschuß, der reguliert werden muß, bleibt aber gegenüber allen diesen Ländern offen. Die Folge davon ist, daß in Deutschland stets mehr Forderungen auf diese Länder zu kaufen gesucht werden, als zur Verfügung stehen, und die weitere Folge davon ist ein Hinaufschnellen der fremden Valuta.

Die hohe Notierung der fremden Wechselkurse in Berlin bedeutet selbstverständlich automatisch eine Verschlechterung der deutschen Wechselkurse im neutralen Ausland. Tatsächlich wird also auf diese Weise die Kaufkraft der deutschen Reichsbanknoten, die auf deutsche Reichswährung lauten, vermindert. Eine bedauerliche Folge davon ist, daß wir alle Importe aus dem Auslande teuer bezahlen müssen. Denn eine schlechte Valuta wirkt auf das Inland in Beziehung auf die Preisverteuerung genau wie ein Schutzzoll, der voll vom Inlande getragen werden muß. Das kostet unsere Volkswirtschaft eine Anzahl von Millionen, unsere Verbraucher bezahlen damit eine Art von Kriegssteuer, ohne das erhebende Bewußtsein zu haben, sie dem eigenen Staat zu leisten, denn der Ertrag dieser Steuer fließt natürlich in die Taschen der ausländischen Händler. Das ist wie gesagt unerfreulich, aber es ist kein Unglück. Zu den Lasten des Krieges müssen eben diese Millionen hinzugeschlagen werden.

und wir können uns nur freuen, daß diese Kriegssteuer ans Ausland um deswillen verhältnismäßig gering bleibt, weil wir glücklicherweise unsere allernotwendigsten Bedarfsartikel durch die heimische Landwirtschaft und die heimische Industrie herstellen.

Nun kommen aber schon seit Beginn des Krieges dauernd die, die sich um das Kleine am meisten sorgen, und tun so, als ob die Devisenfrage für Deutschland im Mittelpunkt aller Aengste stehen müsse. Sie weisen darauf hin, daß das Disagio der Devisen Holland und Skandinavien beinahe 15% beträgt, und fabeln fortgesetzt von dem schlechten Eindruck, den die Entwertung der Kaufkraft der Mark im Auslande machen müsse. Es ist richtig, daß die feindliche Presse zunächst dauernd versucht hat, auf diese Entwertung der deutschen Devise hinzuweisen. Im Anfang ist es ihr auch gelungen, in neutralen Ländern ein paar mißgünstige Kritiker zu zustimmenden Artikeln zu bewegen. Aber diese Stimmen sind sehr bald verstummt. Im Gegenteil haben die volkswirtschaftlichen Autoritäten in den neutralen Staaten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das deutsche Geldwesen zu irgend welcher herben Kritik keine Veranlassung bietet. Aber gewisse deutsche Geldästheten bohren trotzdem andauernd, daß etwas geschehen müsse, um das Ansehen der deutschen Valuta im Auslande etwas zu heben. Sie haben ehrliche Angst um Deutschlands Wohl. Aber obwohl sie sich als Sachverständige für Geld- und Währungsfragen aufspielen, fehlt ihnen doch, wie ihre Angst beweist, jeder Einblick in die vielgestaltige Praxis des internationalen Zahlungsverkehrs. Wie ich oben bereits andeutete, muß natürlich eine Steigerung der Wechselkurse in Deutschland eine Entwertung der deutschen Valuta im Ausland nach sich ziehen. Denn Mangel an Forderungen ans Ausland in Deutschland bedeutet andererseits Ueberfluß von Forderungen des Auslandes an Deutschland. Daher hier Preissteigerung und dort Preissenkung. Wer nun ohne die Weltlage zu kennen, die Wechselkurse ansieht, bemerkt zunächst natürlich nur die Tatsache der Entwertung der deutschen Valuta. Das heißt, er sieht einen Zustand, der genau ebenso wie jetzt sich auch dann ergeben müßte, wenn das Ausland zur deutschen Währung kein Vertrauen mehr hätte. Aber es ist eben ein großer Unterschied, ob das Ausland, weil es kein Vertrauen zur deutschen Banknote mehr hat, diese Banknoten nur noch mit erheblichem Disagio kauft, oder ob die Minderbewertung eine Folge eines eigenartig gestalteten Warenverkehrs ist. Es wäre uns ein leichtes, die Wechselkurse und damit auch die Valuta zu heben, indem wir aus den reichen Schätzen unserer Reichsbank Gold ins neutrale Ausland führten. Ob das wünschenswert wäre oder nicht, will ich garnicht diskutieren. — Wir haben uns jedenfalls dafür entschieden, das nicht zu tun, und die Folge davon ist eine Preissenkung unserer Valuta im Ausland, die wir mit Bewußtsein tragen. Wir können nicht mit Waren ausgleichen. Wir können auch nur zum geringsten Teil mit Schiffahrtslöhnen und Agentenprovisionen unsere Schulden begleichen. Wir wollen sie nicht mit Gold begleichen. Also bleibt uns nichts übrig, als die daraus resultierende Steuer zu tragen.

Sie resultiert wirklich nur daraus. Schon unter normalen Verhältnissen würde ein Land, dessen Zahlungsbilanz sich so gestaltet, wie die Deutschlands, mit einer erheblichen Steigerung der ausländischen Wechselkurse zu rechnen haben. Aber es sprechen ja für den Spezialfall, in dem sich Deutschland befindet, noch eine ganze Reihe von besonderen Momenten mit. Gesetzt den Fall, die Gruppierung der Mächte in diesem Krieg wäre anders, und wir würden z. B. mit England und Amerika verbündet sein und gegen das ganze übrige Europa Krieg führen, so würde die Gestaltung unserer Wechselkurse wesentlich besser sein, nicht nur, daß wir über unsere Kapitalien aus Uebersee und über deren Zinsen disponieren und damit bezahlen könnten. Es ist überhaupt etwas ganz anderes, ob wir die Devise London als Zahlungsmittel benutzen, oder ob wir gezwungen sind, Forderungen auf kleine Länder wie Holland oder Skandinavien zu erwerben. Wir müssen uns doch vorstellen, daß wir uns gewissermaßen in einer belagerten Festung befinden, aus der nur zwei kleine Ausfallsstraßen uns offen stehen. Infolge des Kriegszustandes ist der Verkehr aus der Festung und in die Festung allerdings erheblich zusammengeschmolzen. Aber selbst dieser geringe Verkehr ist für diese beiden geringen Straßen viel zu groß. Es entstehen Stauungen, Stockungen, Verzögerungen, Verwirrungen. Es kommt hinzu, daß auch in diesen Staaten durch den Krieg die Kapitalien stark in Anspruch genommen

sind. Es kommt weiter hinzu, daß ein unverhältnismäßig großer Teil des Kapitals dieser Länder nun auch gerade wieder in Forderungen auf Deutschland angelegt ist. Da ist es doch selbstverständlich, daß auf diesem kleinen Devisenmarkt schon verhältnismäßig geringe Nachfrage die Kurse stark in die Höhe treibt. Es gibt daher nichts Törichteres, als zu behaupten, das Verhältnis der holländischen und skandinavischen Wechselkurse zur deutschen Valuta sei gleich zu setzen der Geltung, die diese Valuta in der Welt hat. Der Weltwertmesser für die deutsche Valuta ist augenblicklich vollkommen ausgeschaltet.

Nicht in Betracht gezogen wird dabei von den Schwarzsehern noch das Folgende: Sowohl Skandinavien als auch Holland führen infolge der britischen Kontrolle vermutlich keine Importware an uns aus, sondern zum überwiegenden Teile nur heimische Erzeugnisse. Aber da schon der hohe Profit am Wechselkurs zu starker Ausfuhr reizt, so werden sie das Manko, das im eigenen Lande entsteht, durch Einfuhr vom Ausland decken müssen. Ganz gleichgültig, ob wir nach Holland z. B. 100 ℳ-Scheine schicken oder Kredit in Anspruch nehmen, die Forderung an Deutschland ist unrealisierbar. Denn weder in Frankreich noch in London werden unsere 100 ℳ-Scheine in Zahlung genommen. Infolgedessen erwachsen allen Neutralen, die mit uns Handel treiben, Zinsverluste und Unkosten, die natürlich bei der Betrachtung des Wertes der Valuta eine Rolle spielen. Diesen Umstand berücksichtigen namentlich die nicht, die die Frage aufwerfen, warum denn, wenn das Ausland gegen unsere Valuta nicht mißtrauisch ist, nicht Spekulanten den niedrigen Kursstand des deutschen Geldes benutzen, um Spekulationskäufe zu machen, die ja einen großen Gewinn versprechen. Wie groß dieser Gewinn sein wird, kann ja heute niemand berechnen, weil niemand weiß, wie lange der Krieg dauern wird, welchen Zinsverlust also er schließlich erleidet. Dazu kommt ja noch in Betracht, daß augenblicklich der Zinsfuß in Deutschland sehr billig ist. Wenn also jemand die 100 ℳ-Scheine nach Deutschland einzahlt, so erhält er auf sein deutsches Guthaben 1½ oder 2% Zinsen, wo er im eigenen Lande mit Leichtigkeit 6—7% machen kann.

Diese Unrealisierbarkeit der deutschen Guthaben kommt natürlich unseren Feinden zu gute. Denn wie gesagt, die Neutralen müssen mehr Waren als bisher aus dem Auslande beziehen. Infolgedessen gestaltet sich ihre Valuta im Verhältnis zu den außerdeutschen Ländern verhältnismäßig ungünstig oder umgekehrt, die uns feindlichen Länder haben einen verhältnismäßig günstigen Wechselkurs gegenüber den an Deutschland liefernden Neutralen. Diese Verknüpfung der Tatsachen muß man sich vor Augen halten, wenn man die englischen und französischen Wechselkurse richtig beurteilen will. Frankreich hat z. B. gegenüber Holland ein Disagio von 9%. Wie groß wäre dieses Disagio ohne die Warenbezüge Hollands im Ausland. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob im Augenblick gerade Frankreich und Holland in einem besonders engen Austauschverhältnis stehen. Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß durch den Kriegszustand der Warenaustausch zwischen Frankreich und Holland völlig unterbunden wäre, so besteht doch ein reger Handelsaustausch zwischen England und Holland. Für Paris und London aber ist nicht wie für Deutschland die Ausgleichung der Wechselkurse durch die Arbitragekurse unterbunden. In der pariser Notierung des holländischen Wechselkurses spielt daher auch der Stand der Wechsel auf London in Paris eine Rolle. Da Paris große Summen Goldes nach England gegeben hat, so steht der englische Wechselkurs in Paris verhältnismäßig günstig. Freilich weist auch er etwa 2% Disagio auf. Wie aber würden sich die französischen Wechselkurse und auch die englischen Wechselkurse ohne die künstlichen Goldmanipulationen stellen. In dem Disagio des französischen Wechselkurses in den neutralen Staaten kann man viel eher ein Zeichen des Mißtrauens der objektiv Wägenden gegen Frankreichs Geldwirtschaft sehen als in dem niedrigen Stand der deutschen Valuta in jenen Ländern.

Die Schwarzseher scheinen zu glauben, daß es sich bei der Entwertung der deutschen Valuta im neutralen Auslande um einen bleibenden Zustand handelt, der mindestens noch geraume Zeit nach Friedensschluß der deutschen Wirtschaft ihren Stempel aufdrücken wird. Sie weisen dabei namentlich auf die Tatsache hin, daß unsere Rohstofflager leer sind und nach dem Frieden wieder gefüllt

werden müssen. Diese Tatsache ist an sich richtig. Wir müssen damit rechnen, daß beim Ende des Krieges das Importbedürfnis sehr stark sein wird. Aber es fragt sich, ob sofort dieses Bedürfnis durch den Import befriedigt werden kann. Von gewissen Rohstoffen, die wir dringend brauchen, wie z. B. von der Baumwolle, werden erhebliche Vorräte zur sofortigen Verfügung stehen. Aber andere wichtige Rohstoffe, vor allem aber Fabrikate, die wir bisher einzuführen gezwungen waren, werden erst nach und nach bezogen werden können. Der Ansturm der Waren und damit die Verpflichtung zur Zahlung wird also nicht sofort in dem Maße in die Erscheinung treten, wie man jetzt vielfach befürchtet. Ebenso wird natürlich unsere Exportmöglichkeit zunächst in kleinem Maße wieder vorhanden sein. Aber viel wichtiger erscheint mir die Tatsache, daß im Moment des Friedensschlusses unsere enormen Kapitalforderungen an das feindliche Ausland frei werden. Selbst wenn man annimmt, daß ein Teil der Unternehmungen, die uns Zinsen schulden, notleidend geworden sind, so bleibt doch von dem, was in der Zeit von mehr als einem Jahr aufgelaufen ist, noch so außerordentlich viel übrig, daß das mehr als ausreichen wird, um unsere Wechselkurse wieder in Ordnung zu bringen. Natürlich werden auch wir ans Ausland zu zahlen haben, aber unsere Zahlungsbilanz ist in den letzten Jahren an sich stark aktiv gewesen. Wenn hie und da eine Passivität hervorgetreten ist, so war das nur dadurch der Fall, daß wir eben dauernd starke Kapitalinvestitionen im Auslande machten. Es kommt weiter hinzu, daß die deutsche Schiffahrt zwar nicht im alten Umfange sofort wird in Aktion treten können, daß aber bei dem verhältnismäßig geringen Schiffsverlust, den wir gehabt haben, und bei der regen Bautätigkeit, die schon jetzt wieder einsetzt, Deutschland vermutlich am allerersten seine Schiffe zu gewinnbringender Tätigkeit wird wieder verwenden können.

Sind schon diese Aspekte nicht gerade trübe, so wird, wie sich schon heute sagen läßt, die Frage der Kriegsentschädigung für Deutschland so gelöst werden können, daß auch dadurch unsere Zahlungsbilanz sich günstig gestaltet. Gegenüber den Leuten, die da immer behaupten, daß von einer Kriegsentschädigung nur minimal wird die Rede sein können, muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Belgien, ein großer Teil Frankreichs, Polen und Kurland sich in unserer Hand befinden. Die Steuerkraft dieser Länder steht uns für jede Entschädigung die wir wünschen, zur Verfügung. Man kann darüber streiten, ob das, was wir so erlangen, genügt, um uns die Milliardenkosten dieses Krieges zu ersetzen. Aber man wird nicht bestreiten können, daß die Geldzuflüsse aus dem Auslande nicht ausreichen sollten, um unsere Zahlungsbilanz günstig zu gestalten.

Nehmen wir aber einmal den Fall an, daß trotz allem und allem — was ganz unglaubhaft — die deutsche Valuta im Auslande noch minderwertig bleiben sollte, so würde das einen enormen Anreiz für die Effektenausfuhr darstellen. Die Differenz in den Devisenkursen bedingt auch Differenzen in den Kursen der Wertpapiere. Der Verdienst, der den Arbitrageuren winkt, würde diese dazu antreiben, die ausländischen Effekten in Deutschland zu kaufen und im Auslande zu verkaufen. Auf diese Weise würden große Forderungen an das Ausland entstehen, deren Veräußerung den Kurs der Auslandswechsel in Deutschland wieder herabdrücken und damit den Kurs der deutschen Wechsel im Auslande wieder erhöhen müßte. Wenn man bedenkt, daß der Wert der fremden Papiere, die im Besitz Deutscher sind, mit zwölf Milliarden wahrscheinlich eher zu niedrig als zu hoch geschätzt wird, so wird man ermessen können, welches Mittel zur Verbesserung unserer Zahlungsbilanz damit uns zur Verfügung steht. Wir könnten damit ja bereits heute rechnen. Aber wir können in Skandinavien, in Holland und in der Schweiz diese Papiere nicht absetzen. Wir können es schon deshalb nicht, weil diese Länder aus deutschem Besitz stammende Papiere in Paris und London nicht los werden. Und auch nach Amerika ist uns der Verkehr erschwert.

Es stehen uns aber nach Friedensschluß noch weitere Mittel zur Verfügung. Wenn wir durchaus nur der Schönheit unserer Valuta leben wollen, so könnten wir den Import ganz gut noch ein paar Jahre weiter staatlich regulieren. Wir haben in dieser schweren Zeit doch eigentlich einsehen gelernt, daß wir in der Zeit des Friedens viel zu viel Brot gegessen haben. Wir können bei vernünftiger Regulierung den Getreideimport erheblich beschränken. Kurz und gut, hinterher können tausendundein Pläne zur Verbesserung unserer Valuta alle unter der Devise: „Du sollst und mußt glücklich werden“ ausgeheckt werden. Aber vorläufig soll man uns mit solchen Quacksalbereien verschonen, denn wir haben augenblicklich wirklich Wichtigeres und Größeres zu tun.

Die Konsumgenossenschaften im Kriege.

Von Josef Mendel-Berlin.

Wenn man mit Recht von der finanziellen und verkehrstechnischen Kriegsbereitschaft Deutschlands spricht, dagegen die wirtschaftliche Rüstung nicht so sehr in den Vordergrund stellt, und um so eher geneigt und berechtigt ist, die dann freilich in großartigem Stile einsetzenden und sich trotz mancher Unebenheiten und Mängel bewährenden und durchsetzenden wirtschaftlichen Maßnahmen hervorzuheben, so vergißt man hierbei nur zu leicht, daß die Staatsgewalt allein nicht mit Erfolg dekretieren kann, wenn sie nicht so sehr willige als auch fähige Mithelfer findet. An dem guten Willen weitester Volkskreise brauchte nie gezweifelt zu werden; aber wenn gerade die breiten Massen sich so vorzüglich nicht nur in alle wirtschaftlichen Maßnahmen fanden, sondern sie verständnisvoll begleiteten und dadurch den Staat der zweifelhaften Wohltaten gegenüber Existenzen, die sonst zu Bettlern geworden wären, enthoben, so liegen dafür die Gründe nicht zum wenigsten in den großartigen Organisationen, die unser Wirtschaftsleben in jahrelangen Kämpfen in den Gewerkschaften und Genossenschaften auf seiten der Arbeitnehmer gezeitigt hat. Was mühevoll, nicht selten auch gegen den anfänglichen Widerstand der Staatsbehörden erkämpft und errungen worden war, hat den Beweis seiner Daseinsberechtigung gerade in jenen schweren Tagen der Kriegserklärung und Mobilmachung erbracht, als panischer Schrecken das Privatpublikum ergriff und ein bedrohliches Steigen der Lebensmittelpreise, die Folge sinn- und planloser Einkaufsdispositionen und der Ausnutzung wucherischer Elemente in die Erscheinung trat. Schwere innere Krisen sind, das darf man heute wohl ruhig aussprechen, nicht zuletzt dank der vorzüglichen Organisation der Lebensmittelversorgung gerade in den Kreisen der unbemittelten und minderbemittelten Bevölkerungsklassen vermieden worden, Krisen, die trotz Hingebung aller Volkskreise an die gemeinsame Sache mangels organisatorischer Einrichtungen unvermeidlich gewesen wären.

Der Organisation des Konsums wird in unserem Wirtschaftsleben noch lange nicht die Bedeutung geschenkt, die sie von Rechtswegen verdient. Daß es die weniger bemittelten Volkskreise sind, die sie vorwiegend erstrebt haben und erstreben müssen, während ihr andere Volksklassen vielfach noch verständnislos, ja feindlich gegenüberstehen, ohne selbst die ungeheuren wirtschaftlichen Vorteile und Einflüsse zu bedenken, die gerade von hier aus auf die Gesundung eines in mehr als einer Beziehung zügellosen Wirtschaftslebens ausgeübt werden könnten, dessen schlimme Erscheinungen sie am eigenen Leibe oft genug verspüren, ist an sich erklärlich. Not schmiedet die Menschen fester aneinander, und was einer nicht leistet, vermag ein mit hohen Zielen arbeitender Bund zu erreichen. Die ursprünglich bürgerliche Genossenschaftsidee ist von niemand in ihren letzten Konsequenzen so begriffen worden, wie von der den schwersten wirtschaftlichen Kampf führenden Arbeiterklasse.

Unabhängig von politischen Zielen und Strebungen ist auch die deutsche Konsumvereinsbewegung innerhalb der Arbeiterschaft ihren Weg gegangen, wenn ihr die Gegner derartige politische Bestrebungen auch heute immer noch nachsagen. Die Konsumvereinsbewegung hat mit politischen Idealen an sich nichts zu tun, sie nutzt nur die wirtschaftliche Waffe, die ein organisierter Konsum besitzt und die gerade der Konsum der unbemittelten Kreise gegen den organisierten Produzenten und Händler haben muß, will er nicht völlig wehrlos dastehen. Daß darüber hinaus letzten Endes großartige Ziele einer Wirtschaftsform, die weniger auf die Produktion als auf den Konsum aufgebaut ist, angestrebt werden, ergibt sich aus der ganzen wirtschaftlichen Idee der Genossenschaft.

Im Jahre 1912 wurden in Deutschland überhaupt 2318 Konsumgenossenschaften mit einer Mitgliederzahl von 1 753 829 gezählt. Anfang 1914 betrug die Zahl der Konsumvereine, die in Zentralverband und Allgemeinen Verband zusammengeschlossen waren, 1445 mit 1 790 035 Mitgliedern. Auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine, der seit dem Jahre 1903 besteht, entfielen davon 1155 Vereine mit 1 483 811 Mitgliedern, auf den Allgemeinen Verband 290 bzw. 306 224, Anfang 1914 war die Zahl auf 2 100 000 Mitglieder gestiegen. Multipliziert man die in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten als Vorstand einer Familie nur mit fünf, um den tatsächlichen Anteil der Bevölkerung festzustellen, so ergibt dies eine Zahl von 10 Millionen Menschen oder den siebenten Teil der Bevölkerung unseres Vaterlandes. Im eigenen Geschäft setzten die deutschen Konsumvereine der genannten beiden Verbände 1913 508 Millionen Mark um, davon in Eigenproduktion 87¾ Millionen Mark, sie besaßen zinsbar angelegte Kapitalien von 48,8 Millionen Mark, hatten einen Grundbesitz von 85 Millionen Mark, während die Geschäftsguthaben der eigenen Mitglieder 33,4 Millionen Mark, Reserven aller Art 23,4 Millionen Mark, aufgenommene Spareinlagen und Anleihen 55,3 Millionen Mark betrugen. Die breiten Massen des Volkes, soweit sie der Arbeiterbewegung nahestehen, sind als Konsumenten im Zentralverband Deutscher Konsumvereine organisiert, dem heute noch 38 Arbeitsgenossenschaften und andere Genossenschaften, vor allem aber auch die Deutsche Großeinkaufsgenossenschaft angeschlossen ist, die freilich allein nicht das Konsumbedürfnis aller Konsumenten deckt oder zu decken vermag. Nach einer 1914 aufgestellten Statistik waren im Zentralverband Deutscher Konsumvereine 1109 Vereine mit 1 717 519 Mitgliedern angeschlossen, die

im eigenen Geschäft einen Umsatz von 492,9 Millionen Mark hatten.

Der Krieg hat die Konsumgenossenschaftsorganisationen vor wirtschaftliche Aufgaben gestellt, deren Größe sich mit den Aufgaben, welche Industrie und Handel zu lösen hatten, durchaus ebenbürtig messen konnten. Es galt mindestens 10 Millionen Menschen in Deutschland, die im Konsum organisiert sind, — aus eigener Kraft, ohne Beanspruchung staatlicher Unterstützung den notwendigen Lebensunterhalt in der bisherigen Form und möglichst unbeeinflußt und unbeeinträchtigt von spekulativen Sondereinflüssen sicherzustellen. Ganz haben sich natürlich auch die Konsumvereine der durch die realen Faktoren Angebot und Nachfrage bedingten Preisbildung nicht zu entziehen vermocht, aber sie haben für ihre Mitglieder und deren Familien zuwege gebracht, daß sie wucherischer Ausbeutung der Notlage entzogen blieben, der zahlreiche Schichten der ökonomisch besser situierten Bürger große, vielleicht kaum je ziffernmäßig festzustellende Mittel nutzlos zum Opfer gebracht haben. Die durch umsichtige Einkaufsdispositionen schon vor dem Kriege angesammelten reichen Läger haben die Konsumvereine richtig genutzt, um ihren Mitgliedern Lebensmittel zu bisherigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Preiserhöhungen fanden nur da statt, wo selbst neue Vorräte zu erhöhten Preisen beschafft werden mußten. Ein kluger Zug war es, diese Preise in den Tageszeitungen zu veröffentlichen, nicht so sehr im eigenen Interesse, selbst neue Mitglieder zu gewinnen, als der Allgemeinheit zu sagen, inwieweit höhere Preise tatsächlich gerechtfertigt waren oder nicht. Die Konsumvereine haben in den Zeiten der Krise und Panik geradezu preisbildend und preisregulierend gewirkt.

Wie in der schweren Zeit des Krieges die politischen Schranken fielen, so haben sich auch die sozialen Gegensätze ausgeglichen. Die Staatsbetriebe gestatteten ihren Arbeitern, auch solchen Konsumvereinen beizutreten, die sonst als arbeiterfreundlich oder sozialdemokratisch verschrien waren. Der Staatsverwaltung und den Militärbehörden imponierte zum erstenmal die geschlossene, geschickt und ohne viel Redensart arbeitende Organisation der Konsumvereine, und sie hatten ja alle Ursachen, die Organisation anzuerkennen, da sie den Staat, wie schon bemerkt, der großen Pflichten gegen die wirtschaftlich Schwachen aus eigener Kraft zum Teil enthoben, und da ein nicht zu verkennender großer Bestandteil der Volkswirtschaft, die Konsumwirtschaft durch Aufrechterhaltung der Konsumfähigkeit, sich im Kriege nicht minder bewährte, wie in den Zeiten tiefsten Friedens.

Für das Geschäftsjahr 1914, das nur bei einigen Konsumvereinen die Kriegsmonate mit enthält, liegen im Zentralverband Deutscher Konsumvereine die Umsatzziffern von 493 Millionen Mark vor bei einer Mitgliederzahl von 1 717 519 oder pro Mitglied auf 287 Mark gegen 472 Millionen Mark bei einer Mitgliederzahl von 1 621 195 oder pro Mitglied auf 285 Mark im Geschäftsjahr 1913. Während die Mitgliederzahl um 5,9% stieg, sind die Umsätze um 4,4% gestiegen. Die Umsatzziffer ist langsamer als in früheren Jahren gestiegen, aber der Krieg ist nicht allein dafür verantwortlich zu machen gewesen, sondern vielmehr der Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur. Natürlich wird ein volles Kriegsjahr nicht spurlos weiter an den Konsumvereinen vorübergehen. Aber die zentrale genossenschaftliche Organisation, die Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, ihr hauptsächlichster Warenlieferant, hat vor kurzem eine interessante Aufstellung gegeben, aus der sich die Wirkungen fünf voller Kriegsmonate ablesen lassen. Danach ist der Gesamtumsatz der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (etwa ein Drittel des Umsatzes aller im Zentralverband zusammengeschlossenen Konsumvereine) von 154 Millionen Mark in 1913 auf 157½ Millionen Mark in 1914 gestiegen, oder um 3½ Millionen Mark. Von Januar bis Ende Juli 1914 betrug der Umsatz 89,7 Millionen Mark gegen 82,1 Millionen Mark im Vorjahre; von August (also von Kriegsausbruch an) bis Dezember 67¾ Millionen Mark gegen 71,95 Millionen Mark oder 4,20 Mill. M. = 6,2% weniger. Der große Hamburger Konsum-Bau- und Sparverein Produktion bzw. dessen Handelsgesellschaft Produktion, deren Mitgliederzahl sich trotz des Kriegsjahres von 68 417 auf 78 517 hob, erzielte einen Umsatz von 24,64 Millionen Mark gegen 23,54 Millionen Mark in 1913. Freilich ist auch hier der Umsatz pro Kopf eines Mitgliedes von 474 Mark auf 430 Mark zurückgegangen. Aber diese Zahl steht etwa zwischen dem Umsatz der Jahre 1910 und 1912, so daß nur ein ganz zeitweiliges Zurück eingetreten ist, das im wesentlichen den großartigen Aufbau dieser Konsumgenossenschaft nicht erschüttert. Aehnliche Verhältnisse werden mutatis mutandis auch bei den anderen Konsumvereinen vorwalten, wenn natürlich auch die kleineren Genossenschaften durch den Krieg entsprechend mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Im ganzen sind die Umsätze in den ersten Kriegsmonaten am schärfsten zurückgegangen, was mit der starken Einberufung vieler Mitglieder zu den Fahnen zusammenhing. Die dadurch erfolgte Beraubung der Ernährer der einzelnen Familien zwang letztere sich auf das äußerste einzuschränken. Mit der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Staat und Gemeinde und der Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer sind dann ab Oktober die Umsätze entsprechend der gehobenen Kaufkraft der Mitglieder bzw. ihrer Familien wieder gestiegen.

Die Konsumvereine bedienen sich, um den gemeinsamen Warenbedarf für längere Zeiträume im voraus unter möglichst vollkommener Ausnutzung des günstigen Augenblicks vorteilhaft durch Abschlüsse einzudecken, des Systems der Einkaufvereinigungen. Ende 1914 gab es im Gebiet des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 48 solche Einkaufsvereinigungen, denen 940 Genossenschaften, also über 80% aller Genossenschaften, angehörten. Diese Einkaufsvereinigungen kauften bei der Großeinkaufsgesellschaft Deut-

scher Konsumvereine, dem Warenhaus der Konsumvereine, 1910 für 30 Millionen Mark ein, 1913 bereits für etwa 58 Millionen Mark. Die Umsätze wurden an sogenannten Einkaufstagen erzielt, von denen 1913 449 abgehalten wurden. Das Kriegsjahr hat nicht die Höhe der Umsätze der beiden Vorjahre erreichen lassen (es wurden 47 Millionen Mark oder 18½% weniger als 1913 umgesetzt), da die Schwierigkeiten in der Rohmaterialbeschaffung, die durch das Stocken der ausländischen Einfuhr entstanden war, wuchsen, außerdem, die sonstige Unsicherheit es nicht ermöglichte, Abschlüsse in den meisten Konsumartikeln zustande zu bringen und feste Angebote für sofortige Lieferung nicht zu haben waren. So mußten die Konsumvereine nicht selten ohne Hilfe der Einkaufsvereinigungen sich ihre Waren von Fall zu Fall beschaffen. Anderseits haben die Einkaufstage, auch wenn sie nicht den erhöhten Umsatz verzeichneten, doch den Einkaufsvereinigungen die Möglichkeit gegeben, die ihnen angeschlossenen Vereine zu beraten und sie von voreiligen Dispositionen abzuhalten.

Mit den zahlreichen Konsumvereinen sind vielfach die Sparkassen ihrer Mitglieder verknüpft, die zugleich die Grundlagen der genossenschaftlichen Organisation fester verankern. Ihre Widerstandsfähigkeit zu erhalten, war eine wesentliche Forderung für den genossenschaftlichen Gedanken. Traten nun auch in den ersten Monaten des Krieges Abhebungen in größerem Umfange ein, so wurde ihnen doch bald von den Einzahlungen mehr und mehr ein gewisses Gegengewicht geboten. Bei dem schon erwähnten Hamburger Bau- und Sparverein Produktion fanden in 1914 3 420 376 Mark Einzahlungen und 3 482 921 Mark Auszahlungen statt. Der Bestand der Einlagen ging von 9 240 602 Mark Anfang 1914 auf 9 178 056 Mark Anfang 1915 oder um 62 545 Mark zurück. Von August bis Dezember stellten sich die Einzahlungen auf 890 822 Mark, die Auszahlungen auf 1 539 790 Mark, immerhin fällt das Minus gegenüber dem bedeutenden Bestand der Sparkonten, das vor allem die ersten Kriegsmonate betrifft, überhaupt noch nicht allzusehr ins Gewicht. Die Forderung, das Sparkonto möglichst intakt zu halten, ist im ganzen erfüllt worden.

Noch auf ein Moment, das die Idee des konsumgenossenschaftlichen Zusammenschlusses gerade in der Kriegszeit glänzend bewährte, sei hingewiesen, auf die von den Konsumvereinen so oft und nachdrücklich bekämpfte Borgwirtschaft, welche den Käufer im Privathandel in Abhängigkeit vom Verkäufer erhält. Nicht nur, daß das Borgsystem, die Entnahme der Waren auf Kredit, stark eingeschränkt wurde, sondern daß man hofft, mit Friedensschluß auf eine völlige Kreditgewährung überhaupt Verzicht zu leisten. Der Krieg hat sich als Erzieher der Konsumenten überhaupt bewährt, und das Prinzip der Barzahlung ist überall auf die Fahne geschrieben worden. Gerade diese Barzahlung, zu welcher der genossenschaftliche Konsument längst erzogen worden war, hat in den schweren Tagen der völlig neuen Einstellung des gesamten Wirtschaftslebens die genossenschaftliche Konsumorganisation erhalten und gekräftigt und sie zu einem nicht unwesentlichen Helfer unserer Wirtschaft werden lassen, der auch der politische und wirtschaftliche Gegner seine Achtung nicht versagen konnte.

Verdrängung Europas vom südamerikanischen Markt.

Kürzlich ist hier der stenographische Bericht über eine Sitzung eingetroffen, die der Staatssekretär Bryan und der amerikanische Handelsminister Redfield mit den in Washington beglaubigten Vertretern der südamerikanischen Staaten über die Frage abgehalten hat, wie sich im Hinblick auf den europäischen Krieg der südamerikanische Handel von den europäischen Ländern nach den Vereinigten Staaten überführen lasse.

Im Hinblick auf die Bedeutung des südamerikanischen Marktes für den deutschen Außenhandel ist es von großem Interesse, zu beobachten, inwieweit der Krieg dazu benutzt wird, uns den südamerikanischen Markt zu entreißen. Nachstehender Auszug aus dem Bericht über jene in Washington stattgefundene Beratung, der mir von industrieller Seite zugeht, gibt für die Beurteilung dieser Frage einen guten Anhalt.

Der Gesandte von Bolivien: Die Vereinigten Staaten haben das Kapital und die Fabrikanten, wir in Südamerika das, was die Vereinigten Staaten für ihre Industrie brauchen. Bolivien ist z. B. das einzige Land in Amerika, das das in den Vereinigten Staaten so notwendig gebrauchte Zinn erzeugt. Gerade jetzt hat der Krieg die Zufuhr von Zinnplatten abgeschnitten, so daß die Vereinigten Staaten nicht imstande sind, genug Zinn für ihren Bedarf herbeizuschaffen. In Bolivien wurden im letzten Jahre 40 000 Tonnen Zinn hergestellt, die nach England und Deutschland gingen. Die Vereinigten Staaten, die etwa 20 000 Tonnen brauchen, erhalten von Bolivien nichts. Die Frachtsätze sind nämlich zu hoch, um Rohzinn nach den Vereinigten Staaten zu bringen. Im Verkehr mit England und Deutschland sind die Frachtsätze niedriger. Es fehlt eben an Verschiffungsgelegenheiten. Was die Kredit- und Bankverhältnisse angeht, ist es sonderbar, durch ganz Südamerika zu gehen und Bankfilialen von europäischen Ländern in allen großen Städten zu

finden, aber nicht solche der Vereinigten Staaten. Man solle sich nicht darüber täuschen: durch Hin- und Herreden läßt sich die Angelegenheit nicht erledigen. Unsere Aufträge müssen besser behandelt werden, die Ware gute Verpackung erhalten, die Aufmachung nicht, wie in vielen Fällen, ungeeignet sein. Sehr oft kommen Waren von Nordamerika verpackt und verschifft an, als ob sie von New York nur nach Philadelphia oder Washington zu senden wären. Die Folge ist, daß sie Südamerika in schlechter Verfassung erreichen. Käufer wie Verkäufer sind dadurch geschädigt. Europa gibt Kapital für alle Unternehmungen, gibt Vorschüsse, die den Handel fördern. In den Vereinigten Staaten sind die Kapitalisten zurückhaltend. Südamerika geht natürlich dort kaufen, wo ihm Kredit gewährt wird für das, was Südamerika braucht. Wir wollen nicht zu Leuten gehen, die zuerst fragen: wo ist dein Geld. In Bolivien sind die Eisenbahnen noch nicht so entwickelt, wie wir wünschen, und zwar aus Mangel an Kapital. Redner hatte amerikanische Finanziers gefunden, die er dafür interessierte. Die Pläne waren vorbereitet, alles in Ordnung. Die Amerikaner setzten sich aber dann mit Engländern in Verbindung, denen sie die Konzessionen verkauften. Redner hatte auch die Förderung der Bergwerke durch Amerikaner erwartet, aber er war enttäuscht, als die Amerikaner auch hier die Konzessionen verkauften, weil sie damit rascher Geld verdienten. Die Kaufleute in den Vereinigten Staaten verstehen sich nicht auf die Voraussetzungen für die Geschäfte in Südamerika. Die Kapitalisten sind zu mißtrauisch, Geld in Südamerika anzulegen. Es ist gegenwärtig ein psychologischer Augenblick für die Herstellung gegenseitiger Beziehungen gekommen; aber die Amerikaner müssen um deren dauernde Erhaltung bemüht sein. Um den Ländern zu dienen, müssen sie zunächst Geld liefern. Der Krieg in Europa kann bald zu Ende sein.

Der Gesandte von Uruguay: Das amerikanische Handelsdepartement selbst hat in einer Veröffentlichung zugestanden, daß amerikanische Kaufleute die Verpackung mehr beachten sollten, die Aufträge genau auszuführen wären, Muster und Kataloge nicht nach Wunsch geliefert werden. Die Kreditfrage lasse zu wünschen übrig. Südamerika müßte in den Vereinigten Staaten mehr Vertrauen finden.

Der Gesandte von Peru: Wir wollen unsere Verschiffungsmöglichkeiten verbessern. Redner hat in den Vereinigten Staaten zwar für die Ausdehnung der Schiffahrt der Peruanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft bis zum Atlantischen Ozean Enthusiasmus vorgefunden. Das war aber auch alles. Wir müssen zufrieden sein, unsere Schiffsladung bis New Orleans zu bringen, obgleich man in den Vereinigten Staaten wünscht, zu Peru in Handelsbeziehungen zu treten. Aber ich komme mit den Amerikanern nicht vorwärts. Wenn ich z. B. versuche, Leute in den Fabrikationszentren herauszufinden, die ihre Waren durch unsere Schiffe senden sollten, und ich gewisse Garantien haben will, daß unsere Schiffe volle Ladung erhalten, bekomme ich keinen klaren Bescheid. Welchen Nutzen haben wir aber von den hohen Kanalabgaben für Hin- und Rückfahrt durch den Panamakanal, wenn wir unsere Schiffe nur bis New Orleans bringen und sie dort liegen bleiben und vergeblich auf Fabrikanten warten, die ihre Waren nach Südamerika senden sollen. Die amerikanische Presse erklärt täglich, daß der Export nach Südamerika wachsen muß und daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Europa den Vorteil mit sich bringen müssen, Südamerika mit amerikanischen Fabrikaten zu versehen. Bei der Peruanischen Dampfergesellschaft bietet sich die Gelegenheit hierzu bei ihren Rückfahrten nach Südamerika. In den 14 Tagen, in denen ich mich darum bemühte, daß amerikanische Kaufleute ihre Güter von New Orleans auf unseren Schiffen schicken, habe ich wenig tatsächliche Ermutigung erfahren, obgleich jeder von der Idee begeistert war. Redner hat auch versucht, amerikanische Bankleute für die Errichtung von Banken in Peru zu interessieren. Das Resultat, das er bisher erreicht, ist, daß erklärt wird, es könne nichts geschehen, die Angelegenheit werde erst studiert. Gegenwärtig reist jemand, um Studien in Brasilien und Argentinien zu machen und will auch Peru und Chile hinzunehmen. Aber die Ereignisse gehen schnell vor sich. Im Süden besteht ein großes Bedürfnis, daß die Dinge jetzt geschehen. Wir haben bisher geglaubt, daß alles in kurzer Zeit zu erreichen sei. Man hat bei uns angenommen, daß die Bürger in den Vereinigten Staaten schnell arbeiten, in kürzester Zeit Wunder vollbringen. Nichtsdestoweniger mußte ich in meinem Bericht an meine Regierung sagen, wir müssen warten, gegenwärtig ist keine Möglichkeit, etwas zu erreichen. Wir wundern uns, daß ein Land wie die Vereinigten Staaten, mit solchen Hilfsquellen, keine Banken oder Niederlassungen in Südamerika errichtet, nichts tut, den Handel zu heben, nicht seine Waren schnell aussendet und Vorteile aus einer Dampferlinie zieht, die sich ihm bietet. Das muß in unserem Volke die Vorstellung erwecken, daß ein Mangel an Vertrauen vorherrscht. Der amerikanische Fabrikant muß sich, wenn er Handel in Südamerika treiben will, der Praxis der Südamerikaner anpassen. Es ist leicht zu sagen, daß Bargeld besser ist als Kredit. Das ist unzweifelhaft. Aber dazu ist Südamerika nicht über Nacht zu bringen. Das kostet einige Zeit. Zeigen Sie, daß die Waren, die Sie uns senden, so gut wie die aus europäischen Ländern sind, zeigen Sie, daß Amerika in gleicher Weise verpackt wie Europa, wie es Länder und Plätze brauchen, in denen Waren auf Mauleseln und Lamas befördert werden, nicht, als ob sie per Paketpost in den Vereinigten Staaten befördert werden. An den Redner seien zahlreiche Fragen gelangt: Wie kann der Export nach Peru gehoben werden. Aber kein

Wort darüber, was für Peru zu tun ist. Immer werden nur einseitige Interessen wahrgenommen, Perus Interessen finden dabei nicht genügende Beachtung. Wir können durch unsere Dampferlinien Baumwolle, Rohzucker, Salpeter, Felle und Gold für Amerika senden, wir dagegen wollen Waren auf den Schiffen erhalten, die bisher von den kriegführenden Ländern Europas geliefert wurden, und zwar zu denselben Bedingungen, wie diese geliefert haben. Amerika soll dieselben Kreditbedingungen gewähren wie Europa. Südamerikanische Gewohnheiten lassen sich nicht in einem Augenblick ändern. Für gewöhnlich fahren die Leute nach Südamerika mit einer Reisegesellschaft und halten sich dort nur kurze Zeit auf. Infolge von Zwischenfällen müssen sie den Besuch auf ein bis zwei Tage oder einige Stunden abkürzen und müssen ihre Reise fortsetzen, ohne die genügende Zeit zu Studien zu haben. Diese Reisetouren durch ein halbes Dutzend Länder in sechs oder acht Wochen haben keinen Zweck. Als Vertreter sind Reisende mit guten Empfehlungsschreiben, vertraut mit unserer Sprache und Gewohnheiten, nötig, wenn sie Ware verkaufen sollen. Bis jetzt hat Deutschland viel Ware nach Südamerika gebracht, besonders weil es tüchtige Verkäufer hat. Sie sind praktische Leute. Statt sich an uns zu reiben, haben sie sich uns genähert. Bevor sie von Geschäften sprechen, knüpfen sie freundschaftliche Unterhaltungen an, vervollkommnen sich in der Sprache, erlangen sie eine sichere Kenntnis der Verhältnisse, die ihnen dazu verhilft, ins Geschäft zu kommen. Der Durchschnitt der amerikanischen Reisenden, und ich habe viele gesprochen, verfährt so: sie sind anreißerisch vom ersten Augenblick, sie erklären: Sie müssen unsere Waren kaufen, diese sind gut genug für uns, und Sie müssen sie haben, ob Sie wollen oder nicht. Wir sind aber nicht gewohnt, so behandelt zu werden. Diese Behandlung weisen wir zurück, und da wir viele Jahre anders behandelt worden sind, wünschen wir das auch für die Zukunft.

Der Gesandte von Kuba: Ein diplomatischer Vertreter Südamerikas in Europa schrieb vor einigen Jahren in einem Werk, nur ein Krieg oder eine Katastrophe in Europa könnte die Staaten Nord- und Südamerikas in die Verbindung bringen, die ihre Interessen erfordern. Im Handel unserer Halbkugel bestehen aber zwei verschiedene, einander widerstrebende Systeme, so daß niemals einer den anderen verstehen kann. Was dieser Diplomat schrieb, ist tatsächlich eingetreten. Angesichts des furchtbaren europäischen Krieges, den wir alle tief bedauern, sollten wir jede Möglichkeit, die sich bietet, genau studieren, um Beziehungen zwischen dem Norden und Süden zu fördern. Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine solche besondere Lage auf Generationen hinaus wieder eintreten wird. Das Verhältnis Südamerikas zu den europäischen Ländern beruht auf dem Kredit, den diese gewähren. Der Kredit ist von unten auf erforderlich. Unsere Warenhäuser borgen den Arbeitern auf dem Felde und werden vielleicht erst nach sechs Monaten bezahlt, sobald die Kunden ihre eigene Ware verkauft haben, und die Warenhäuser können wieder nicht früher den Kaufleuten und Banken zahlen, bevor sie selbst bezahlt sind. Europa hat diesen Kredit entwickelt, Amerika bisher nicht. Amerika muß sein System ändern. Aber seine Banken dürfen nicht die Sahne von der Milch abschöpfen.

Der Gesandte von Kolumbien: Der Grund, weshalb ein großer Teil, vielleicht 80 %, des Handels von Südamerika nach Europa geht, ist, daß die europäischen Länder im Bankwesen Erleichterungen gewähren. Ferner muß der Norden Handelsvertreter senden, die sich mit unserem Land befreunden und das Mißtrauen zerstreuen, daß die Macht, die die Vereinigten Staaten ausüben, sich gegen uns richtet, statt für uns zu wirken. Auch müssen wir die Waren so erhalten, wie wir sie brauchen, nicht wie amerikanische Fabrikanten sie uns schicken zu können glauben. Bei uns ist es ein geflügeltes Wort, daß die Amerikaner ihre Geschäfte nach den Bedingungen und nach der Art machen, wie es ihnen gefällt. Der amerikanische Fabrikant berücksichtigt nicht die Bedürfnisse des Auslandes. Er fabriziert nach seinen Ideen und nach dem Grundsatz, daß der fremde Abnehmer seine Ware nehmen muß oder es sein läßt. Ohne bares Geld gibt er Waren nicht heraus.

Der Gesandte von Costarica: Bisher wird für den Kredit durch europäische Häuser gesorgt. Die Vereinigten Staaten haben wohl auch etwas getan, aber nach ihren eigenen Bedürfnissen, nicht nach den unsrigen.

Der Gesandte von Ecuador: Vor allem lassen die Frachtsätze zu wünschen übrig. Als ich vor einigen Jahren den Versuch machte, Geld in den Vereinigten Staaten zu erhalten, war man dazu bereit, aber zu welchen Bedingungen! Es handelte sich um drei Millionen Dollar, in drei Jahren zurückzuzahlen. Man forderte einen Nutzen von 21 %. Das war die Hilfe, die uns gewährt wurde. Wir wollen Banken, Einwanderung, Kapital und Industrie erhalten. Von den Amerikanern wird uns aber gesagt, sie müßten sich das überlegen. Man vertröstet auf nächste Woche, nächsten Monat, nächstes Jahr. Das Resultat ist das Niemals. Die amerikanischen großen Geschäftsleute haben zu viel zu tun; sie müssen nach Europa, nach dem Westen, aufs Land, zur Erholung, zum Polo- und Fußballspiel. Es gibt nur ein bis zwei Stunden in der Woche, wo ich sie sprechen kann, sie sind immer beschäftigt, haben nie Zeit, sich mit uns zu befassen. Von Kakao wurden früher 40 % direkt nach den Vereinigten Staaten, 20 % durch die Vermittlung Deutschlands nach den Vereinigten Staaten verkauft. Bei Ausbruch des europäischen Krieges lag unser Kakao für die Verschiffung bereit. Die amerikanischen Kaufleute erklärten aber, sie brauchten unseren Kakao nicht. Die Preise gingen 40 % herunter; auch da noch

weigerten sich die Amerikaner zu kaufen, in der Hoffnung, noch billiger anzukommen, da der Kakao in tropischen Ländern bald verdirbt. Europa gibt 90 Tage bis sechs Monate Kredit. Die Vereinigten Staaten geben gar keinen Kredit. Die Nationalbanken haben geraten, geduldig zu sein. Das gerade ist die Schwierigkeit. Wenn wir warten, bis der europäische Krieg vorüber ist, werden wir wieder mit Europa Geschäfte machen.

Ein Vertreter von Panama gesteht, so sehr er für die Vereinigten Staaten eingenommen ist, zu, daß bisher die Mehrzahl der Kapitalanlagen in Südamerika in den Händen von Ausländern ist, besonders von Europäern; die natürliche Folge sei, daß Europa den größten Teil der südamerikanischen Produkte aufgenommen und Südamerika mit seiner Ware versorgt hat.

Auf diese Aeußerungen der Vertreter Südamerikas antwortete der Handelsminister der Vereinigten Staaten:

Die von den Regierungen unserer Handelsrivalen ausgegangene Organisation des Handels mit Südamerika ist gründlicher und vollkommener gewesen als die unsrige. Wir sind aus Mangel an Leuten und Mitteln und aus Mangel an Organisation nicht imstande gewesen, auf diesem Gebiete das für die Vereinigten Staaten Erforderliche zu tun. Es soll aber besser damit werden. Der Kredit soll Erleichterungen erfahren. Freilich sind die amerikanischen Firmen eine gegenseitige Verpflichtung eingegangen, daß eine Ausdehnung des Kredits nach auswärts die Deckung bei Fälligkeit zur Voraussetzung hat. Es geht nicht an, die Ausdehnung des Kredits und, wenn er bewilligt ist, regelmäßig eine Erneuerung zu gleichen Bedingungen zu erwarten, denn amerikanisches Kapital ist nicht unbegrenzt. Wir sind bis jetzt eine Schuldnernation. Wir haben bisher noch nicht große Mengen flüssigen Kapitals in diesem Lande aufgehäuft, wofür wir in der Heimat keinen Bedarf hätten. Im Gegenteil, wir brauchen in Amerika unser Kapital, und wir haben einen großen Teil unserer Gelder, weit mehr, glaube ich, als dies bei unseren Konkurrenten der Fall ist, festgelegt und nicht flüssig. Wenn wir selbst für unsere Bahnen und für unsere Industrien Geld borgen müssen und wenn gleichzeitig erwartet wird, daß wir in dieser Lage nach auswärts neue Kredite geben, dann muß es wohl als richtig angesehen werden, daß diese Kredite bei ihrer Fälligkeit auch pünktlich eingelöst werden. Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den südamerikanischen Freunden und Abnehmern ist verschieden von der zwischen diesen und Großbritannien oder Deutschland in der Zeit vor dem Kriege, weil wir hier im Vergleich mit unserem Gesamtvermögen nicht so große Summen flüssigen Kapitals verfügbar haben wie Europa. Diese glückliche Lage ermöglicht es ihm, das zu tun, was jetzt zwar unser Wille ist, aber nicht in unserer Macht liegt. Südamerika muß aber mit der Unkenntnis unserer Geschäftsleute Geduld haben und diese soweit als möglich erziehen. Der Geist ist willig, doch das Fleisch ist schwach.

*

Dieser Verhandlung, die nur einen vorbereitenden Charakter hatte, folgte ein panamerikanischer Handelskongreß, dem Vorschläge für die Verbesserung des Verkehrs und Kreditwesens gemacht wurden. Namentlich in bezug auf den letzteren Punkt fanden sich die Südamerikaner mit der Erwartung ein, die Vereinigten Staaten würden ihnen Kredit für den inneren Ausbau Südamerikas geben. Das wurde aber von Nordamerika abgelehnt, das allenfalls Straßenbahnen beleihen wollte. Daran scheiterte der Kongreß, der sich auf belanglose Resolutionen beschränkte.

Auslandsspiegel.

Gegen den deutschen Handel in Aegypten.

Wenn der ägyptische Handel, so schreibt der „Eclair", auch nicht aufgehört hat, sich zu entwickeln, so hat unsere Ausfuhr dieser aufsteigenden Bewegung in den letzten Jahren doch nur in schwachem Maße entsprochen, während die Ausfuhr unserer Gegner beträchtliche Fortschritte gemacht hat.

In den Jahren 1884 bis 1910 hat sich deren Export von Fr. 1,026 000 auf ungefähr 39 Millionen erhöht, während der unsrige in der gleichen Zeit von Fr. 23,777 000 nur auf Fr. 70,000 000 gestiegen ist. Und doch geben diese Ziffern die Fortschritte unserer Feinde nur unvollständig wieder. Um sich von der Bedeutung ihrer Anstrengungen zu überzeugen, würde es genügen, die wachsende Zahl ihrer Handelshäuser und ihrer Kommissionsfirmen festzustellen. Wir dagegen beschränken uns darauf, unsere Interessen und deren Wahrnehmung deutschen Agenten anzuvertrauen.

Zu Beginn dieses Jahres hat der Militärkommandant von Aegypten durch ein Dekret jeden Agenturvertrag mit Angehörigen der feindlichen Länder untersagt. Da diese Maßregel zur Folge hatte, die Versorgung mit gewissen Artikeln zu unterbinden, so beginnen die vorhandenen Vorräte sich zu erschöpfen. Der Augenblick, eine Ausfuhrbewegung zu schaffen, die imstande wäre, die Bedeutung unseres Handels mit Aegypten zu vergrößern, ist um so günstiger, als die Bewohner des Landes, denen der Sparsinn abgeht, jede Gelegenheit suchen, um ihre Einkünfte auszugeben.

Auf folgenden Gebieten könnten wir mit den deutschen und österreichischen Erzeugnissen erfolgreich konkurrieren:

Industrielle Maschinen:

Unter den zahlreichen Zweigen dieses Marktes könnten nur unsere in Blei und seinen Legierungen manufakturierten Artikel Interesse erwecken. Unser-

Hauptaugenmerk müssen wir auf die verschiedenen Maschinen richten, namentlich auf kleine Motoren, Irrigationspumpen, die besonders in Oberägypten viel in Anwendung gelangen. Was Automobile anbetrifft, so werden die Wagen zwischen 12 und 24 Pferdestärken am meisten gekauft. Der Eingangszoll beträgt 8 % ad valorem.

Webstoffe, konfektionierte Artikel:

Den Verkauf dieser Artikel hatten die Deutschen und Oesterreicher beinahe monopolisiert. Wir waren bisher nur durch einige Luxusgewebe vertreten. Unsere Gegner konkurrierten glücklich gegen unsere wollenen und seidenen Erzeugnisse.

Posamentierwaren:

Den Deutschen war es gelungen, sich die Vertretung unserer Artikel für Aegypten zu verschaffen, während sie nur daran dachten, ihre eigenen zu verkaufen. Nur die reiche Kundschaft war unserer Fabrikation treu geblieben.

Chemische Produkte:

Mit Ausnahme einiger weniger Spezialitäten wie Borax usw. waren unsere Gegner die Hauptlieferanten für diese Erzeugnisse.

Lederwaren:

Den Schuhmarkt hatten wir einst monopolisiert, aber die billigen deutschen Erzeugnisse haben einen immer größeren Absatz gefunden. Feine Lederwaren, Damentaschen, Portemonnaies usw. kamen fast ausschließlich aus Deutschland.

Farben:

Deutschland exportierte den größten Teil dieser Produkte, mit Ausnahme von Ocker und Meerblau, für die wir vorherrschend waren.

Besonders zu erwähnen sind noch die Artikel in Kautschuk, Glas- und Porzellanwaren, Zigarettenpapiere, Bijouteriewaren, Spielwaren, Ansichtskarten, die fast ausschließlich aus Deutschland stammten.

Die Gründe für die Ausdehnung des deutschen Handels in Aegypten sind zahlreich. Sie beruhen auf der Gewährung langsichtiger Kredite, Erleichterungen seitens der Banken, namentlich der „Deutschen Orient-Bank“, der großen Tätigkeit der Agenten, die, von den Fabrikanten, die sie vertreten, wirksam unterstützt, ihnen ihre ganze Ergebenheit widmen. Fernere Gründe sind: die Hinaussendung von Geschäftsreisenden, die die Sprache des Landes beherrschen, die gute Verfassung der Muster, die schnelle Lieferung der Ware, schließlich die Hartnäckigkeit, mit der die Deutschen an die Eroberung eines Marktes herangehen.

„Die industrielle Mobilisierung“.

Daß die Bestrebungen der französischen Handelswelt, den deutschen Handel zu verdrängen und an seine Stelle den französischen zu setzen, seitens der Regierung der Republik volle Unterstützung finden, geht u. a. auch aus einem langen Rundschreiben hervor, das der Unterstaatssekretär des Krieges Thomas soeben verfaßt hat. In diesem Zirkular werden alle Maßnahmen zusammengestellt, die erforderlich sind, um „die industrielle Mobilisierung des Landes“ endgültig in die Wege zu leiten. Der führende Gedanke besteht darin, jeden an der Stelle zu verwenden, wo er sich im Interesse der nationalen Verteidigung am nützlichsten machen kann. Zu diesem Zwecke soll eine Zählung des gesamten in den Fabriken mobilisierten Personals vorgenommen werden, sowie eine Auslese der sämtlichen unter den Fahnen dienenden „Spezialisten“, ob sie sich nun an der Front oder im Innern befinden.

Schon jetzt wird in diesem Zusammenhange ein neuer Kontrolldienst eingerichtet. Die Kontrolleure haben die für die nationale Verteidigung beschäftigten Werkstätten zu besuchen und darauf zu achten, daß die Arbeitsbedingungen (Löhne, Arbeitszeit, Ruhepausen usw.) angemessen sind. Auch sind die Kontrolleure verpflichtet, sich mit den Arbeiterorganisationen und den Arbeitgebern in ständige Verbindung zu setzen und deren Rat und Vorschläge anzuhören. Der Unterstaatssekretär behält sich vor, in einem neuen Zirkular anzugeben, unter welchen Bedingungen dieser Kontrolldienst sich mit den lokalen Militärbehörden zu verständigen hat, um nötigenfalls eine tägliche Ueberwachung der in Frage kommenden Betriebe zu organisieren.

„Der andere Feldzug“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Figaro“ vom 20. Juli folgendes: Man kann es nicht oft genug wiederholen, daß der Krieg gegen Deutschland anderswo als an der Front (!) geführt werden muß, und daß die Aufgabe der Zivilbevölkerung weder weniger notwendig noch weniger dringend ist als diejenige der Soldaten.

Es scheint aber, daß dem Heldenmut dieser letzteren die Zwilen nur eine recht schwache Zusammenarbeit entgegenstellen, sogar und besonders in dem ernstesten Falle: dem Kampfe gegen Deutschlands Handel und Industrie.

Auf diesem (wirtschaftlichen) Schlachtfelde, wo wir den Kampf seit elf Monaten mit Erbitterung hätten fortsetzen sollen, lassen wir die Verteidigung den verbündeten oder neutralen Fremden. Das genügt nicht. Fehlen uns etwa die Kampfmittel? Keineswegs.

Das „Office National du Commerce Extérieur“ das sich im Anbau des Handelsministeriums, 3, rue Feydeau, befindet, — wir geben die genaue Adresse, um den „Nonchalants“ jede Ausrede zu benehmen — veröffentlicht seit Ausbruch des Krieges und hält zur Verfügung aller Interessenten wundervoll abgefaßte Aktenstücke, die genaue Auskunft geben über die Maßnahmen, die in diesem oder jenem fremden Lande, und auch in unseren Kolonien, in Frankreich, sogar in Paris selbst, ohne Verzögerung zu ergreifen sind, um daselbst mit dem deutschen und österreichisch-ungarischen Handel mit Erfolg zu konkurrieren. —

Man hat nur nötig, sich zu erkundigen und zu handeln oder sich damit abzufinden, ein Verräter am Vaterlande zu sein!

Gegen die deutschen Auskunfteien.

In der „Action française" veröffentlicht Léon Daudet eine Artikelreihe, deren Charakter sich eigentlich schon aus ihrer Ueberschrift „Los vom deutschen Joch" ergibt. In einem dieser vor wenigen Tagen erschienenen Aufsatze verlangt er kurzerhand die Beseitigung der ausländischen Auskunfteien nach dem Kriege. Natürlich ist es dem Verfasser nicht um sämtliche fremden Auskunftbureaus zu tun, sondern nur um solche, die er als „type Schimmelpfeng" bezeichnet. Der Beweis sei erbracht (!!), daß diese Bureaus nichts anderes als Spionageunternehmungen (!!) sind. Es wäre der höchste Wahnsinn, das Uebel nicht mit der Wurzel auszurotten.

„Von uns verjagt", so heißt es in dem erwähnten Artikel, wird Schimmelpfeng und seinesgleichen versuchen, unter falschem Namen, unter schweizerischer, amerikanischer oder holländischer Hülle zurückzukehren. Aber eine Auskunftei sollte es nicht übelnehmen, wenn man über sie selbst Auskünfte einzieht. Ebenso wie man die Polizeioffiziere einen Kursus durchmachen läßt, damit sie hinter die Schliche der Verbrecher (!) kommen, ebenso sollte man den Kriminalkommissaren die paar üblichen Kniffe beibringen, durch die deutsche oder österreichische Firmen ihren wirklichen Ursprung zu verheimlichen pflegen. Es existiert eine vollständige Schule von halbgesetzlichen (!) Kniffen, die von Handelsfirmen angewandt werden, um über ihre tatsächliche Nationalität hinwegzutäuschen. Aber diese Schliche halten nicht eine Viertelstunde stand gegenüber einer aufmerksamen Prüfung der Bücher, der Buchhaltung und der, gewöhnlich mit dem Namen „Beteiligungen" bezeichneten finanziellen Einlagen. Die deutsche Methode besteht darin, diese „Beteiligungen" in einem Winkel der Jahresbilanz (!) en bloc aufzuführen. Wenn man erst einmal den Mechanismus kennt, so ist nichts einfacher, als ihn bloßzulegen.

Oft habe ich mich gefragt, wie Industrielle, Händler und manchmal sogar einfache Privatleute sich ohne Mißtrauen für die Fragebogen der Auskunftei „Schimmelpfeng" und ähnlicher Institute hergeben konnten. Diese Agenturen fußen auf dem durchaus ehrenwerten Wunsche ihrer Opfer, zu beweisen, „daß sie nichts zu verbergen haben". Von ihrer Spionagetätigkeit ganz abgesehen, hat Schimmelpfeng auf diese Weise einst blühende Firmen, die das Unrecht hatten, den Schimmelpfengschen Prospekten zu trauen, ruiniert, indem er mit aller Macht die jenen Häusern erwachsene deutsche Konkurrenz unterstützte (!).

Es wäre gleichzeitig notwendig, die Verleihung des Titels „conseiller du commerce extérieur" (?) sorgsam zu prüfen. Dieser Titel wird den verdächtigsten Personen wahllos verliehen, was ihnen erlaubt, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Alle Direktoren der Agentur Schimmelpfeng sind nacheinander „conseillers du commerce extérieur" gewesen. Es lag hierin eine gewisse Ironie, insofern als sie in Wirklichkeit den deutschen Handel berieten."

Der Kampf gegen die „Tauchnitz-Edition".

Die „Times" vom 21. Juli veröffentlicht eine aus Stockholm datierte Zuschrift vom 12. Juli folgenden Inhalts:

„Wissen die englischen Autoren und Literaten, deren Werke in der Leipziger Tauchnitz-Edition veröffentlicht worden sind, daß diese weitverbreiteten Bände jetzt als ein neues Mittel für eine deutschfreundliche Propaganda bei dem Englisch lesenden Publikum benutzt werden? Nach fast einjähriger Pause hat der deutsche Herausgeber der Tauchnitzbücher folgende Bände neu herausgebracht:

Nr. 4507. (Nr. 4506 wurde im Juli 1914 veröffentlicht). „Der Krieg und Amerika" von Hugo Münsterberg. Anmerkung des Herausgebers: ‚Eine klare und überzeugende Beschreibung des gegenwärtigen Krieges aus der Feder des berühmten amerikanischen Psychologisten und Austauschprofessors.'

Nr. 4508. „Der österreichische Offizier bei der Arbeit und beim Spiel" von Dorothea Gerard. ‚Eine Reihe von lebenswahren und geschickten Skizzen des österreichischen Heeres, geschrieben von einer an einen österreichischen Offizier verheirateten Engländerin.'

Nr. 4509. „Der Friede und Amerika" von Hugo Münsterberg.

Haben die englischen Autoren gleichzeitig bemerkt, daß die Herausgeber der obengenannten Bände Neudrucke früherer Werke herausbringen, obwohl ihnen das Recht hierzu nicht mehr zusteht, da, irre ich nicht, der Copyright-Vertrag zwischen England und seinen Feinden aufgehoben ist?"

Hierauf erschien in der „Times" vom folgenden Tage, 22. Juli, ein Eingesandt des Herrn Reginald J. Smith, Vorsitzenden der „Publishers' Association of Great Britain and Ireland", folgenden Wortlauts:

„Ihr Stockholmer Korrespondent geht von einem Mißverständnis aus; die Berner Konvention betreffend des Copyright, die sowohl den Großbritannien als von England unterzeichnet ist, ist nicht aufgehoben worden. Aber natürlich darf kein Handel mit dem Feinde sein. Gleichzeitig haben englische Verleger beschlossen, die Abmachungen zu respektieren, die das Uebersetzungsrecht betreffen, obwohl es für den Feind nicht möglich ist, diese Abmachungen zu erzwingen. Wir betrachten es als eine uns obliegende Pflicht, nichts zu unternehmen, was den Feind in den Stand setzen könnte, uns einer unehrenhaften Handlungsweise zu bezichtigen. Baron von Tauchnitz hat aller Wahrscheinlichkeit nach das Recht erworben, Bände älteren Datums, auf die Ihr Korrespondent anspielt, fortgesetzt zu veröffentlichen. Wäre die Copyright-Konvention annulliert worden, so könnte ihn nichts daran hindern, mit einem englischen Buche ohne Erlaubnis oder Zahlung das zu tun, was ihm beliebt."

Die „Times" fügten dieser Zuschrift die Bemerkung an, sie seien von dem Herren Nelson ersucht worden, mitzuteilen, daß die Genannten im Begriff stehen, in Paris eine „Continental Library" herauszugeben, die an die Stelle der Tauchnitzbände treten solle. Die Veröffentlichung wird im Frühherbst beginnen und die hauptsächlichsten britischen Autoren umfassen.

Wie ist der deutsche Handel in Rußland auszuschalten?

Wie der „Rjetsch" vom 17. Juli a. St. mitteilt, hat sich eine auf den 15. Juli n. St. einberufene Tagung des Börsen- und Ackerbauausschusses mit obiger Frage beschäftigt. Es wurde eine Eingabe an den russischen Handelsminister beschlossen, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die russische Industrie nicht nur von dem deutschen, sondern überhaupt von jedem fremden Einfluß zu befreien. Zu diesem Behufe sei aber die Fachausbildung in Rußland und ihre sorgsame Pflege und Entwicklung unentbehrlich. Dazu wäre die Bewilligung von Krediten zugunsten der russischen Industrie und der Erlaß von Gesetzen, durch die die Industrie geschützt werde, dringend erforderlich. Die Regierung müsse darauf bedacht sein, durch den Abschluß von neuen Handelsverträgen mit den verbündeten und neutralen Ländern die deutschen Waren vom russischen Markte fernzuhalten.

Revue der Presse.

Die Finanzierung der Rohölindustrie in Galizien weist ein besonders buntes Bild auf, da die verschiedensten Länder an ihr beteiligt sind. Wie das

Feindeskapital in Galizien

festen Fuß faßte und welche Maßregeln die österreichische Regierung jetzt dagegen unternommen hat, zeigt ein Artikel der Vossischen Zeitung (20. Juli). Als infolge der Ueberproduktion schwierige Verhältnisse in der galizischen Rohölindustrie eintraten, befand sich ein großer Teil der Gruben in deutschen Händen. Da das deutsche Kapital die Sanierungspläne der österreichischen Regierung skeptisch betrachtete, zog es sich aus Galizien zurück. Seine Stelle wurde durch die Engländer eingenommen, denen später die Franzosen und Belgier folgten. So wurde der Schwerpunkt des galizischen Rohölhandels nach London, Paris und Brüssel verlegt, in Lille entstand eine Börse für Rohölwerte. Besonders in London wurde zum Teil mit Hilfe der Einpfund-Aktie die Spekulation in galizischen Rohölwerten sehr populär. Nachdem jetzt Galizien zum größten Teil wieder vom Feinde frei geworden ist, beabsichtigt die österreichische Regierung die Gesellschaften, die feindlichen Ausländern gehören, unter Ueberwachung zu nehmen, als Vergeltungsmaßregel gegen die Maßnahmen der Engländer und Franzosen. Bei der starken Verschachtelung der einzelnen Gesellschaften war es sehr schwierig, diejenigen herauszufinden, die überwiegend in ausländischem Besitz stehen. — In der Vossischen Zeitung (19. Juli) setzt der nach Holland entsandte Sonderberichterstatter seine Betrachtungen fort. In seinem zweiten Artikel über

die Wirtschaftslage Hollands

wird die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produkte für die holländische Ausfuhr besprochen. Unter diesen Produkten spielen Gemüse, Kartoffeln, Zucker und Käse die größte Rolle. Außerdem kommt der Zigarrenexport sehr in Betracht. Er ist besonders während des Krieges stark gestiegen. Hauptsächlich in der ersten Zeit, ehe die Uebersee-Trust-Gesellschaft geschaffen wurde, wurde viel von den großen Warenvorräten ausgeführt. In letzter Zeit dagegen sind die Preise vieler Waren stark gestiegen, so daß die Lage der ärmeren Bevölkerung sehr schwierig geworden ist. Besonders die in der Diamantbranche Tätigen haben sehr unter dem Kriege zu leiden. Der wirtschaftliche Zustand Hollands ist nicht ohne Einfluß auf die Staatsfinanzen gewesen. Mit diesen befassen sich zwei weitere Aufsätze des gleichen Berichterstatters in der Vossischen Zeitung (22. und 26. Juli).

Hollands Finanzen

zeigen, wie sehr die Finanzwirtschaft eines neutralen Staates durch den Krieg gestört wird. Die Ausgaben für militärische Zwecke machten die Ausgabe einer Anleihe erforderlich, nachdem der Bedarf zunächst durch die Ausgabe von Schatzwechseln und Schatzscheinen gedeckt worden war. Da nicht von vornherein feststand, ob die Anleihe von 275 Mill. fl. vollgezeichnet werden würde, war vorgesehen, daß eventuell eine Zwangsanleihe aufgenommen werden sollte. Die Verzinsung der Anleihe war auf 5 % festgesetzt, die Zwangsanleihe dagegen sollte nur 4 % tragen. Da über 400 Mill. Gulden gezeichnet wurden, brauchten die Bestimmungen der Zwangsanleihe nicht angewendet zu werden. Die Verpflichtung zur Zeichnung sollte bei einem Vermögen von 70 000 fl. beginnen und von 1 % bis auf 7 % des Vermögens steigen. Da aus dem Erlöse der Anleihe zunächst die Vorschüsse zurückgezahlt werden mußten, die bei der Notenbank und am offnen Markt gegen Schatzscheine und Schatzwechsel aufgenommen waren, blieb nur etwa die Hälfte des Anleiheergebnisses zur Verfügung des Staates. Die Niederländische Bank ist inzwischen wieder durch den Staat in Anspruch genommen worden, sie kann dem Staat zunächst auch noch weitere Vorschüsse gewähren, da ihre Notenausgabe erleichtert worden ist, indem sie nur ein statt zwei Fünftel ihres Notenumlaufes in Gold gedeckt zu haben braucht. Infolge des starken Goldimportes war die Bank allerdings bisher nicht genötigt, von dieser Erlaubnis Gebrauch zu machen. Die Staatseinnahmen haben sich sehr verringert, besonders die

Zölle haben weniger erbracht. — Zu den Produkten, die im Ausland in einiger Zeit sehr fehlen werden, gehört auch

Totuol.

In der **Berliner Morgenpost** (20. Juli) wird die Entstehung dieses Nebenproduktes der Koksgewinnung geschildert. Das Totuol wird als ein Nebenprodukt zweiten Grades bezeichnet, da es aus dem Steinkohlenteer gewonnen wird, der selbst erst wieder ein Nebenprodukt der Koksgewinnung ist. Da für die Herstellung von Farben, Arzneien und Sprengstoffen große Mengen Teer verarbeitet werden, ergab sich eine ziemlich große Gewinnung von Totuol. Dieses Produkt wird in großen Mengen nach dem Auslande gesandt, wo es zur Bereitung von Sprengstoff dient. Da die Voraussetzungen zur Teergewinnung im Großen nur in Deutschland gegeben sind, wird es einigermaßen schwierig für das Ausland sein, sich das nötige Totuol zu verschaffen. — In der **Chemnitzer Volksstimme** (23. Juli) findet sich ein Aufsatz von **Otto Hue** über

Regierung und Kohlensyndikat.

Er betont darin, daß die Regierung froh sein werde, wenn sie die Bundesratsverordnung nicht anwenden braucht, d. h. wenn im Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat eine Einigung erfolgt. Das Kohlensyndikat hat in sich nur 86,48 % der Förderung gegen 98,28 % im Jahre 1904 vereinigt. Die neue Verordnung soll jetzt die Einigung unter den Syndikatsteilnehmern und mit den Außenseitern erleichtern. Sie wirkt darin durchaus konzentrationsfördernd, in der gleichen Weise wie die Lex Gamp, die die privatkapitalistische Monopolisierung aufhalten sollte, diese jedoch beschleunigte. Diese Kapitalkonzentration ist soweit fortgeschritten, daß sie nur dadurch unschädlich gemacht werden könnte, daß die Kohlenförderung nationalisiert wird. Hue erkennt ein nationales Bedürfnis für die Zwangssyndizierung nicht an, auf anderem Wege wäre, wie die Erfahrungen u. a. bei der Landwirtschaft zeigen, der Bedarf an Kohle durchaus sicherzustellen gewesen. Außerdem seien die ausschlaggebenden Gruben, die sich infolge der Konzentration in verhältnismäßig wenig Händen befinden, bereits so organisiert, daß selbst in einer syndikatslosen Zeit die Versorgung nicht ins Stocken geraten wäre. Die Prüfung der Beschlüsse der Syndikate durch die Regierung bietet durchaus keine Gewähr für eine Verhinderung der Preistreibereien. Auch vom Standpunkt der Arbeiter ist die Stärkung der syndizierten Werke keineswegs zu begrüßen, zumal die Arbeiter nicht einmal in dem vorgesehenen Beirat vertreten sein sollen. — In der **Rheinisch-Westfälischen Zeitung** (20. Juli) berichtet ein bei der deutschen Zivilverwaltung tätiger Ingenieur über

die belgische Gewerbetätigkeit im Kriege.

Viele Industrie- und Gewerbezweige liegen danieder entweder aus Mangel an Rohstoffen oder weil das Wirtschaftsleben sich nur ganz allmählich erst wieder beleben läßt. Wenig beschäftigt sind die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider und Bäcker. In den Spinnereien und Webereien wird nur einige Tage in der Woche gearbeitet, da das vorhandene Rohmaterial nicht ausreicht, ebenso müssen die Papierfabriken mit Unterbrechungen arbeiten. Gut beschäftigt sind die Schokolade-, Biskuit- und Konservenfabriken. Auch die Zuckerfabriken rechnen auf gute Beschäftigung, da eine gute Rübenernte erwartet wird. Ebenso sind die Fabriken für Transportkisten gut mit Arbeit versehen, da der Edelobstversand beginnt. Sehr schlecht geht es dagegen der Maschinen- und Elektrizitätsindustrie, da Neubestellungen fast gar nicht gemacht werden. Die Beleuchtungsindustrie hat ihre Tätigkeit stark eingeschränkt, da zu Beleuchtungs- und Kraftzwecken weniger Elektrizität und Gas gebraucht werden. Der Kohlenmangel scheint behoben zu sein, dagegen macht die Versorgung der Industrie mit Schmierölen Schwierigkeiten. Deshalb wurde unter Mitwirkung der Zivilverwaltung eine Oelzentrale errichtet. Industrien, die für die deutsche Verwaltung tätig sind und von ihr das Rohmaterial geliefert erhalten, sind gut beschäftigt, so die Gummi- und die chemische Industrie. Die Aussichten für den Export deutscher Waren sind zur Zeit nicht groß, da das belgische Wirtschaftsleben sehr daniederliegt und Neuanschaffungen kaum gemacht werden. — Im **Berliner Tageblatt** (20. Juli) geht Professor **Eltzbacher**-Berlin auf die Frage

Kartoffelüberfluß und Fleischmangel?

ein. Er verteidigt die Vorschläge, die zur Abschlachtung der Schweine geführt haben. Die Behauptung, daß jetzt ein Kartoffelüberfluß vorhanden sei, stimmt nicht. Die Einzelfälle, in denen Kartoffeln infolge unzweckmäßiger Behandlung verdorben sind, werden verallgemeinert. Es hat sich jetzt ein Kartoffeloptimismus herausgebildet, der durchaus unberechtigt ist, da von den Vorräten ein Teil der Bevölkerung bis zum September leben muß, denn nur die Wohlhabenderen können sich den Luxus leisten, Frühkartoffeln zu verbrauchen. Nur infolge der Schlachtungen der Schweine war es möglich, einen so großen Kartoffelvorrat zu retten, daß wir bis zur neuen Ernte auskommen. Allerdings wären alle getroffenen Maßnahmen nicht genügend gewesen, wenn nicht der Vorrat in den Mieten besonders groß gewesen wäre, da außergewöhnlich wenig Kartoffeln verdorben sind. — Die

spanisch-französischen Handelsbeziehungen

bespricht **Max Nordau** in der **Vossischen Zeitung** (20. Juli). Der Krieg hat auch auf Spanien seine Wirkung ausgeübt. Da das Land von manchen seiner Bezugsländer abgeschnitten ist, hat sich Mangel in vielen Waren eingestellt, die Teuerung erschwert die Deckung des notwendigen Lebensbedarfs besonders für die ärmeren Klassen. Alles dies übt seine Wirkung auf die Staatsfinanzen aus. So endete die letzte Staatsanleihe mit einem Fiasko, da auf 500 Mill. Pesetas nur 88 Mill. gezeichnet wurden. Verdient wurde nur in der Frankreich benachbarten Provinz Katalonien, in der die Industrie mit Hochdruck für die Ausfuhr

nach Frankreich arbeitete. Auch an landwirtschaftlichen Produkten wurde trotz des Mangels in anderen Teilen des Landes sehr viel ausgeführt. Seit einiger Zeit kommen aber aus Frankreich keine Aufträge mehr, wie es heißt, weil die Fabrikanten die französischen Empfänger auf besonders grobe Weise übers Ohr gehauen haben (Stiefel mit Pappsohlen, Wolldecken aus Baumwolle usw.). — Der Internationale Volkswirt (1. August) enthält eine Betrachtung über

die Finanzen des Vatikans,

die zwar keine erschöpfende Auskunft über dieses interessante Gebiet zu geben vermag, da der Heilige Stuhl seine Finanzgebarung mit dem Schleier des Geheimnisses zu umhüllen liebt. Nur Einzelheiten sind bekannt geworden, so wurden vor einigen Jahren von einem italienischen Schriftsteller die ordentlichen Jahresausgaben auf 6 bis 8 Mill. angegeben. Dieser Betrag setzt sich aus den Bezügen der Vatikansbeamten, der Kurien-Kardinäle (25 Kardinäle mit je ca. 30 000 Lire) und der diplomatischen Vertreter, sowie der verschiedenen Garden zusammen. Außerdem werden an die ehemaligen Beamten des Kirchenstaates die vollen Gehälter als Pensionen gezahlt. Die Einnahmen des Vatikans gliedern sich in solche aus Kapitalszinsen, dem Peterspfennig und den Annaten. Unter letzteren befinden sich Abgaben für Verleihung von Pfründen usw., die Palliengelder (für Verleihung des Palliums, einer Ehrenauszeichnung für höhere Geistliche), Einnahmen aus Taxen (z. B. für Dispensbewilligung bei Ehehindernissen). Die Einnahmen aus den Annaten haben in neuerer Zeit an Bedeutung verloren, da der Papst auf eine Reihe von ihnen verzichtet hat. Desto mehr Bedeutung hat der Peterspfennig erlangt. Aber auch die Erträgnisse aus dieser Quelle, die sich anfangs auf 15—20 Mill. beliefen, sind stark zurückgegangen bis auf unter 2 Mill.

Umschau.

Privatdozenten an der Handelshochschule. Der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Frankfurt a. M., Herr Prof. Pohle, schreibt mir: „In der letzten Nummer Ihrer Zeitschrift geben Sie einer Zuschrift über „Privatdozenten an der Handelshochschule Berlin" Raum, die von der Voraussetzung ausgeht, dass man an deutschen Universitäten nicht in Privatwirtschaftslehre als Hauptfach promovieren könne. Das trifft indessen heute auch für die reichsdeutschen Universitäten — von den älteren Einrichtungen in Zürich sehe ich hier ab — nicht mehr zu. Die kürzlich erlassene Promotionsordnung unserer Fakultät, welche an Stelle der früheren Akademie jetzt die Trägerin der Handelshochschulorganisation in Frankfurt a. M. geworden ist und an der das Fach der Privatwirtschaftslehre, von speziellen Lehraufträgen abgesehen, zurzeit durch zwei Ordinarien und einen Extraordinarius vertreten ist, sieht nicht nur als selbstverständlich vor, dass das Thema der Dissertation aus dem Gebiete der Privatwirtschaftslehre entnommen werden kann, sondern sie bestimmt auch die Privatwirtschaftslehre neben Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Statistik zum obligatorischen Hauptfach bei der mündlichen Doktorprüfung. Der Frankfurter „Doctor rerum politicarum" wird durch diesen privatwirtschaftlichen Einschlag, den andere reichsdeutsche Universitäten bisher noch nicht kennen, seine besondere Note bekommen. Auch hat die Fakultät von dem Herrn Minister das Recht erhalten, die auf Handelshochschulen verbrachten Semester ebenfalls ganz oder teilweise auf die vorgeschriebene Studienzeit anzurechnen. Voraussetzung der Zulassung zur Promotion bleibt allerdings nach wie vor der Besitz des Reifezeugnisses einer deutschen neunstufigen höheren Lehranstalt."

* * *

Mir wird geschrieben: „Im Plutus, Heft vom 21. Juli (Seite 282), drucken Sie eine Kritik meiner Aeusserungen zur Habilitationsordnung der Handelshochschule Berlin ab, auf die mir einige Bemerkungen gestattet seien. Der Herr Einsender wirft mir tiefe „Verärgerung" gegen die Aeltesten der Kaufmannschaft vor und fordert mich auf, lieber die grossen Verdienste zu preisen, die die Aeltesten sich dadurch erworben haben, dass sie überhaupt eine Handelshochschule in die Welt gesetzt haben. Ich kann leider dem Herrn Einsender auf diesem Wege nicht folgen, selbst auf die Gefahr hin, „unobjektive" Kritik zu liefern. Ich kann das schon deshalb nicht, weil ich die Geschichte der Korporation der Kaufmannschaft ein wenig kenne und weiss, welche Bedeutung die Errichtung der Handelshochschule für das Fortbestehen der Korporation gehabt hat, als die Handelskammer Berlin der Korporation ihre wesentlichsten Aufgaben abgenommen hatte. Vielleicht ist der Herr Einsender in der Lage, mir darüber Aufklärung zu geben, woher es kommt, dass dieselbe Korporation der Kaufmannschaft, die „mit den erheblichsten Opfern" eine Handelshochschule ins Leben rief, bei ihren Mitgliedern nicht einmal so viel werktätiges Interesse für diese Einrichtung wachrufen konnte, dass die Korporationsherren den Studierenden die vielfach so sehr erstrebte Berührung mit der Praxis in grösserem Umfange ermöglichten, indem sie sie während der Ferien bei sich volontieren liessen. Wenn die Mitglieder der Korporation wirklich so von der Notwendigkeit einer Handelshochschule durchdrungen gewesen wären, dann hätten sie sich doch um die Absolventen dieser Anstalt geradezu reissen müssen. Das Gegenteil war der Fall; wer Gelegenheit hatte, die Anstrengungen zu verfolgen, die die Diplominhaber machen mussten, ehe sie eine Stellung fanden, wird mir das bestätigen. Was die Bezugnahme auf den vorjährigen Streik an der Handelshochschule angeht, so ist mir nicht recht erfindlich, warum der Herr Einsender sich für die Aeltesten so ins Zeug legt, er könnte es ruhig den Aeltesten überlassen, sich zu verteidigen. Im übrigen ist die Verteidigung, die der Herr Einsender den Bestimmungen der Habilitationsordnung angedeihen lässt, recht schwach. Es bedeute „keine Härte", wenn der Privatwirtschaftler den Dr. jur. oder rer. pol. erwerben müsse sagt der Herr Einsender, da ein tüchtiger Privatwirtschaftler „so viel Volkswirtschaft und Jurisprudenz verstehen" müsse. Auch damit, dass die jüngeren Privat-

-wirtschaftler wohl durchweg den Doktortitel erworben haben, ist die grundsätzliche Frage nicht aus der Welt geschafft. Wie auch der Herr Herausgeber in seinem Nachwort zu den Ausführungen meines gestrengen Kritikers betont, liegt der Kern der Frage darin, dass die Handelshochschule ihre eigenen Examina als ungeeignete Grundlage für eine spätere Lehrtätigkeit an der Handelshochschule ansieht. Ich vermag nicht einzusehen, dass sich praktisch die Frage damit erledigt, dass jemand auch ohne promoviert zu haben, zur Habilitation zugelassen werden kann. — Woher weiss sodann der Herr Einsender, dass die politische Stellung des Bewerbers keine Rolle für die Aeltesten spielen wird? Davon, dass ich die vom Herrn Einsender so warm verteidigten Handelskammersekretäre in eine „inferiore Stellung gedrückt" hätte, kann keine Rede sein. Ich habe nur betont, dass man Wissenschaftler anders behandeln müsse als Angestellte (seien dies nun Handelskammersekretäre oder kaufmännische Angestellte). Angestellte pflegt man zu entlassen, wenn man mit ihnen nicht zufrieden ist oder wenn sie zu „teuer" sind."

fn. Der neue Wucherbegriff. In wie hohem Grade die herrschenden Moral- und Rechtsanschauungen von der jeweiligen Gestaltung des Wirtschaftslebens abhängen, tritt mit besonderer Klarheit zu Tage in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse so radikale Umwälzungen erfahren, wie im Kriege. Die Ausschaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen hat in gewisser Hinsicht zu einer Rückbildung der Wirtschaftsverfassung geführt. Unbeschadet der höchsten Entwicklung der Technik und der kapitalistischen Geschäftsformen, hat sich die Kriegswirtschaft im geschlossenen Handelsstaat in vieler Hinsicht frühkapitalistischen Formen genähert. Mit dieser Umbildung der Wirtschaft ist eine Rückkehr zu alten Ideenkreisen Hand in Hand gegangen, die in der umfangreichen Gesetzgebungsarbeit des Bundesrates ihren Niederschlag findet. Schon die Höchstpreise waren eine zeitgemäss abgeänderte Waffe aus dem Arsenal der mittelalterlichen Wirtschaftsregelung. Ihre Verwandtschaft mit den Taxen der Zünfte und Stadtverwaltungen ist unverkennbar. Besonders deutlich tritt aber das Wiedererwachen alter Anschauungen in der Bundesratsverordnung vom 23. Juli dieses Jahres zu Tage, die den ausserordentlichen Preissteigerungen im Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfes eine Grenze setzen will. Im § 5 dieser Verordnung werden Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 10000 ℳ für Vergehen angedroht, die unser Strafrecht bisher nicht kannte. Es wird ein uns neu anmutender Wucherbegriff eingeführt, der in Wirklichkeit auf die das Mittelalter beherrschenden Theorien vom gerechten Preise zurückzuführen ist. Thomas von Aquino, der Propagandist des justum pretium, und seine Nachfolger hätten ihre helle Freude an dieser Bundesratsverordnung gehabt. Die Strafe soll nach dem Absatz 1 des § 5 denjenigen treffen, der für Gegenstände des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfes, insbesondere für Nahrungsmittel u. s. w., Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, vor allem der Marktlage, einen übermässigen Gewinn enthalten, oder solche Preise sich von einem andern gewähren und versprechen lässt. Der Gesetzgeber ist hier dem volkstümlichen Empfinden gefolgt, indem er das mit Strafe bedroht, was im Volke als Lebensmittelwucher bezeichnet wird. Die grosse Wandlung der Rechtsanschauung, die in der Schaffung dieses neuen Wucherbegriffes enthalten ist, tritt klar zu Tage, wenn wir einen Blick auf die frühere Entwicklung unseres Wucherrechtes werfen. Die Wucherstrafen knüpften in früherer Zeit zunächst immer an den Wucher bei Darlehen an, die Uebertragung des Wucherbegriffes auf den Warenhandel war erst sekundär. Als Wucher galt den Kirchenlehrern zunächst jedes Zinsnehmen. Später betrachtete das deutsche Recht in Anlehnung an das römische Recht immer die Ueberschreitung eines bestimmten gesetzlichen Zinsfusses bei Darlehen als Wucher. Während der gerechte Preis der Waren mehr einen Gegenstand theoretischer Erörterungen bildete, wurde der gerechte Preis der Darlehen gesetzlich festgelegt. Die Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft, die mit dem Sieg der Lehre von der allein beglückenden wirtschaftlichen Freiheit verbunden war, sprengte um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die dem Zinsfuss angelegten Fesseln. Durch ein Gesetz des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1867, das später auf das Reich überging, wurden alle Strafbestimmungen gegen den Wucher aufgehoben. Schrankenlose Freiheit rief aber in Theorie und Praxis in kurzer Zeit überall Reaktionen hervor. Der Wucher hatte nicht aufgehört, und schon im Jahre 1880 wurde der Geldwucher wieder unter die strafbaren Handlungen eingereiht. 1893 wurde das Gesetz auch gegen den Warenwucher gerichtet. Der seitdem im deutschen Strafrecht herrschende Wucherbegriff kannte aber keine absolute Zinsgrenze mehr, noch viel weniger einen gerechten Preis für Waren. Das Merkmal des Wuchers wurde jetzt die Erzielung eines Vermögensvorteiles, der nach den Umständen des Falles in auffälligem Missverhältnis zu der Leistung steht unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit eines Anderen. Die entscheidende Bedingung der Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit ist nun in der neuen Bundesratsverordnung ganz verschwunden. Der Gesetzgeber geht von der volkstümlichen Anschauung aus, dass die Kriegszeit für den Konsumenten allgemein eine Notlage schafft, deren Ausnutzung durch „ungerechte" Preise verwerflich ist. Ausserdem ist das Verbot eines übermässigen Gewinnes sehr viel weitergehender, als die Bedingung eines auffälligen Missverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung. Endlich wird die Strafe auch schon demjenigen angedroht, der Gegenstände der bezeichneten Art, die von ihm zur Veräusserung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräusserung einen übermässigen Gewinn zu erzielen. Dieser Verkaufszwang ist auch eine für unser modernes Recht ganz neuartige Bestimmung. Um Parallelen zu finden, müssen wir wieder ins Mittelalter zurückblicken, wo beispielsweise an vielen Orten für durchreisende Kaufleute der Zwang bestand, ihre Waren in der betreffenden Stadt zum Verkauf anzubieten, ehe sie mit ihnen weiter ziehen durften. Das Zurückgreifen auf mittelalterliche Vorstellung kommt sogar in der Art der Strafausführung in der neuen Wucherverordnung zum Aus-

druck. Zum gerechten Preis und zum Verkaufszwang gesellt sich harmonisch der Pranger. Es wird bestimmt, dass im Urteil angeordnet werden kann, dass die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei. Die Bekanntmachung des Urteils ist freilich unserem Strafrecht auch sonst nicht fremd. Als Mittel der Genugtuung kommt es bei Beleidigungsprozessen vor, als Nebenstrafe mit dem Charakter des Prangers z. B. im Nahrungsmittelgesetz, im Weingesetz und im Margarine-Gesetz. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, dass die neue Wucherordnung nicht nur im Geiste, sondern auch in ihrer praktischen Wirkung den Lehren der kanonischen Schriftsteller ähneln wird. Die Schriften über den gerechten Preis waren in der Hauptsache dazu bestimmt, den Wucherern ins Gewissen zu reden, an ihre Frömmigkeit zu appellieren. Wenn die neue Wucherverordnung mit ihren weitmaschigen Bestimmungen vom übermässigen Gewinn unter Berücksichtigung der Marktlage nicht nur an den patriotischen Sinn platonisch appellieren, sondern wirklich auf die Preisgestaltung einwirken soll, so wird es sehr spezieller Ergänzungsvorschriften und einer sehr strengen Ueberwachung durch die unteren Polizeiorgane bedürfen. Erfreulicherweise haben die militärischen Oberkommandos in verschiedenen Städten schon wertvolle Ergänzungen zu den Bundesratsbestimmungen zur Anwendung gebracht.

cc. Schutzverbands-hypotheken. Der ausserordentlich rührige „Schutzverband für Deutschen Grundbesitz“ hat, wie er mitteilt, eine Vereinbarung über die Verlängerung der während des Krieges fällig werdenden Hypotheken zustande gebracht. Bisher haben sich 78 Gesellschaften (Mitglieder des Schutzverbandes) auf diese Vereinbarung festgelegt. Sie haben sich nämlich verpflichtet, die während des Krieges fällig werdenden Hypotheken zu $4^3/_4$ % den Schuldnern bis auf drei Monate nach Beendigung des Kriegszustandes zu verlängern. In der vom Schutzverband betriebenen Beilage „Grundbesitz und Realkredit“ des „Tages“ vom 22. und 29. Juli wird ein Verzeichnis der „Realkreditanstalten“ abgedruckt, die die Vereinbarung unterzeichnet haben. Unter diesen befinden sich 11 von den — insgesamt 38 — in Deutschland existierenden Hypothekenbanken. Im übrigen handelt es sich um Versicherungsgesellschaften verschiedener Branchen und verschiedener Grösse. Es war bisher wohl nicht üblich, die Versicherungsgesellschaften als „Realkreditanstalten“ zu bezeichnen. Diese Bezeichnung wurde auf solche Unternehmungen angewandt, die sich im Hauptberuf mit der Gewährung von Realkredit befaßten, d. h. Hypothekenbanken und Landschaften. Sicherlich spielen die Versicherungsgesellschaften auf dem Hypothekenmarkte eine bedeutende Rolle. Sie kommen aber dorthin nur in der gleichen Weise, wie jeder andere anlagesuchende Kapitalist, dem die Wahl freisteht, ob er seine Gelder in Hypotheken oder Effekten anlegen will. Es ist wohl bisher noch niemanden eingefallen, die Sparkassen, deren Hypothekenausleihungen die der Versicherungsgesellschaften wesentlich übertreffen, unter die Realkreditanstalten zu rechnen, nur weil sie neben anderen Anlagearten auch die Hypothek benutzen, ja sie sogar bevorzugen. In den beiden Listen fehlen die süddeutschen Hypothekenbanken ganz, und von den nord- und mitteldeutschen fehlt eine Reihe der bedeutendsten. Daher sah sich der Sonderausschuss für Hypothekenbankwesen des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes veranlasst, in der Tagespresse mitzuteilen, dass die ihm angeschlossenen Hypothekenbanken in den meisten Fällen weiter gegangen seien als dies in der Erklärung des Schutzverbandes vorgesehen ist. Es fragt sich überhaupt ob die „Vereinbarung“ ein so besonderes Entgegenkommen darstellt, wie es in den Veröffentlichungen des Schutzverbandes dargestellt wird. Es lässt sich natürlich schwer feststellen, ob der vorgesehene Zinsfuss von $4^3/_4$ % zu hoch für den Schuldner ist. Wir haben gewiss eine sehr starke Beeinflussung des landesüblichen Zinsfusses erlebt durch die Ausgabe 5 %iger Reichsanleihen, aber es ist durchaus noch nicht zu übersehen, ob wir nach dem Kriege lange bei diesem Satze bleiben werden. Für die Hausbesitzer wird jedenfalls zunächst die Erhöhung des Hypothekenzinssatzes auf $4^3/_4$ % für erste Hypotheken eine erhebliche Belastung bedeuten, die ihnen in einem Augenblick auferlegt wird, in dem sie auf einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen verzichten müssen. Es kommt noch hinzu, dass die Festsetzung eines einheitlichen Zinssatzes einen nach den verschiedenen Gegenden durchaus verschiedenen Zuschlag bedeutet. Schliesslich bedeutet diese vorläufige Prolongierung sämtlicher fälligen Hypotheken bis 3 Monate nach Beendigung des Kriegszustandes eine Härte in solchen Fällen, wenn der Schuldner gewillt ist, die Hypothek bereits jetzt auf längere Zeit zu verlängern. Es wäre nun möglich, dass die Unterzeichner die in der Vereinbarung angeführten Bedingungen nicht als allgemein verbindlich, sondern als Mindestentgegenkommen auffassen und eventuell auch Hypotheken zu günstigeren Bedingungen auf 10 Jahre verlängern. Bei den Versicherungsgesellschaften unter den Unterzeichnern, die auf den Pfandbriefzinssatz keine Rücksicht zu nehmen brauchen, würde dies vielfach ganz unbedenklich geschehen können. Ein Passus in den „Motiven“ zur Vereinbarung, wie sie im „Tag“ vom 22. Juli abgedruckt sind, verdient noch besondere Beachtung, es heisst dort nämlich:

> „Eine solche gütliche Verständigung zwischen beiden Teilen verdient in jedem Falle den Vorzug, weil sie Verhandlungen vor dem Richter und den Hypothekeneinigungsämtern entbehrlich macht und damit auch einer durch solche Verhandlungen möglicherweise eintretenden ungünstigen Beeinflussung des gegenseitigen Verhältnisses vorbeugt.“

Die Bedeutung dieses Passus wird erst deutlich, wenn man neben ihn die Bundesratsverordnung vom 20. Mai 1915 hält. Nach dieser kann dem Hypothekenschuldner eine Zahlungsfrist von sechs Monaten bewilligt und diese Frist mehrfach um die gleiche Zeit verlängert werden. Diese Fristen werden bewilligt, wenn die Lage des Schuldners sie rechtfertigt und dem Gläubiger kein unverhältnismässige Nachteil dadurch entsteht. Der Schuldner ist befugt, seinen Gläubiger unter Anerkennung der Forderung vor das Amtsgericht zu laden zur Verhandlung über die Festsetzung einer Zahlungsfrist. Wenn er diese Zahlungsfrist erlangt, was in den meisten Fällen der Fall sein dürfte, dann ist ihm die Hypothek auf sechs Monate zu den alten Bedingungen verlängert worden. Der Schuldner wird sich also häufig erheblich besser stehen, diesen Weg zu beschreiten,

als sich auf die Bedingungen einzulassen, die die „Vereinbarung" von Schutzverbands Gnaden gewährt. Unter Hinweis auf diese Bundesratsverordnung wird auch das Hypothekeneinigungsamt in der Lage sein, mehr als bisher bei den vor sein Forum gebrachten Fällen vom Gläubiger eine Ermässigung seiner Bedingungen zu erlangen, zumal das Einigungsamt durch seine dem Gericht zu liefernden Gutachten für eine Fristgewährung eintreten kann. Wenn man berücksichtigt, dass die wirtschaftliche Macht zwischen Hypothekengläubiger und -schuldner nicht ganz gleichmässig verteilt ist, dann kann man sich vorstellen, in welcher Weise auf einen nur einigermassen hellhörigen Hypothekenschuldner der erwähnte Passus wirken wird, in dem so vorsichtig von einer möglicherweise eintretenden ungünstigen Beeinflussung des gegenseitigen Verhältnisses gesprochen wird.

Das neue Frachtbriefformular. Herr E. Löwinger-Berlin schreibt mir: „Zu den lebhaftesten Beschwerden von seiten der Kaufmannschaft führt die Tatsache, dass die Bahn die Frachtbeträge auf den Frachtbriefen oft irrig ermittelt, wodurch die Parteien genötigt sind, eine fortwährende Kontrolle auszuüben und eventuell nachträglich von den Bahnverwaltungen die zu viel erhobenen Beträge zurückverlangen. Diese Arbeiten sind nicht nur mühsam, zeitraubend und beschwerlich, sondern verursachen auch Kosten. Mit dieser Frage steht ja auch das insbesondere in den letzten Monaten mit solcher Zähigkeit von den kommerziellen Körperschaften vertretene Ansuchen in Zusammenhang, die Verzinsungpflicht der Bahnen unzweideutig festzulegen, namentlich für den internationalen Verkehr. Denn für Transporte innerhalb Deutschlands sind die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Handelsgesetzbuches ausreichend. Freilich wäre zu wünschen, dass auch da Verbesserungen eingeführt werden, damit die Bahnen gehalten sind, gleich mit der Liquidierung der Frachtdifferenz auch die aufgelaufenen Zinsen zu bezahlen. Für heute liegt uns daran, in wenigen Strichen die ungeheure Bedeutung darzutun, die für jeden Verkehrsinteressenten darin liegt, bei den Bahnen zu erwirken, dass sie sich bei den Frachtermittelungen nicht zum Nachteil des Publikums irren. Dieses Bestreben findet Widerstand an den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie bei den kartierenden Bahnbeamten vorliegen. Diese Herren sind meistens überbürdet, können deshalb der Frachtberechnung nicht genügend Zeit widmen, sie können — insbesondere wenn es sich um kompliziertere Kalkulationen handelt — schon deshalb den Anforderungen nicht genügen, weil sie meist die benötigten Tarife nicht zur Hand haben, und als Fazit aller dieser Hemmungen sieht man, dass die Bahnorgane die Fracht zu hoch ansetzen, indem sie sich darauf verlassen, dass die Parteien die Differenz schon im Rückvergütungwege beanspruchen werden. Es ist nun eine Anregung aufgetaucht, die in diese schwierigen Verhältnisse eine wesentliche Erleichterung bringen soll, und zwar ebensowohl für das verfrachtende Publikum wie für die Bahnen. Bei dem heutigen Frachtbriefformular ist die Ermittelung des abgerundeten Gewichtes, des anzuwendenden Frachtsatzes und die Ausrechnung des Frachtbetrages und die Ausfüllung der betreffenden Kolonnen im Frachtbriefe den Bahnorganen vorbehalten. Würde dieses Recht dem Absender zugebilligt werden, so würde die Partei alles Interesse daran haben, die richtige Fracht in den Frachtbrief auszusetzen, und der Bahnbeamte hätte lediglich eine Kontrolle auszuüben, eine Funktion, die bestimmt die Gewähr bietet, dass ein ganz grosser Prozentsatz der aufgelieferten Frachtbriefe von der Bahn gutgeheissen würde. Glaubt der Bahnbeamte, dass die Frachtberechnung irrig ist, so steht ihm das Recht zu Verbesserungen vorzunehmen. Damit wäre übrigens eine eingreifende Aenderung der bisherigen Gepflogenheiten nicht gegeben, denn auch jetzt steht der Partei das Recht zu, Tarifvorschriften im Frachtbrief anzubringen, nur ist das deshalb ungenügend, weil diese Angaben nicht klar genug sind und sehr oft von seiten der Bahn keine Beachtung finden. Der neue Vorschlag bedeutet also eigentlich nichts weiter als die Erweiterung eines Rechtes das bereits dem Absender zugestanden ist. Man bedenke, dass heute viele Hunderttausende von Frachtbelegen nachträglich bei den Bahnen eingereicht werden müssen mit Frachtdifferenzen, die in die Millionen gehen. Wenn hiervon nur die Hälfte „erspart" werden könnten, so wäre dies ein gewiss anerkennenswerter Fortschritt. Die Realisierung dieser Anregung durch die Bahnen bringt aber diesen selbt namhafte Vorteile. Die Erhaltung der Kontrollämter bei allen Zentralstellen erfordert viel Geld und Zeit. Es ist klar, dass eine wesentliche Herabminderung der von diesen Stellen geforderten Arbeitleistung nicht ohne Einfluss auf die Erhaltungkosten dieser Bureaus sein kann."

Gedanken über den Geldmarkt.

Die vielbespöttelte Geldpropaganda, die in Deutschland vom ersten Tage des Krieges an entfaltet wurde, wird jetzt mehr und mehr das letzte Hilfsmittel nicht nur in Frankreich, sondern auch in England, und, wie die Entwicklung der Bankausweise zeigt, wird es nicht ohne gute Wirkung angewendet. Beide Notenbanken konnten aus privaten Goldreserven in den letzten Wochen starke Zugänge buchen. Am interessantesten sind die entsprechenden Veränderungen bei der Bank von England Diese bringt in ihrem Ausweis vom 22. Juli, der an und für sich durch die Einzahlungen auf die Kriegsanleihe besondere Bedeutung beansprucht, eine Steigerung des Barvorrats um 6,3 Millionen Pfund. Hiervon stammen $2^1/_2$ Millionen aus der indischen Notenreserve und anderen auswärtigen Quellen, während allein 3 Millionen Pfund von einer einzigen Clearingbank, der London City and Midlandbank eingeliefert wurden. Bekanntlich war ihr Präsident, der Finanzmann Sir Eduard Holden, der eifrige Verfechter der Idee für die Ansammlung privater Goldreserven bei den englischen Banken, da er die Metallreserve des Zentral-Institutes für ungenügend hielt. Der grosse Dienst, den in diesem Moment sein Institut der Landeswährung zu leisten vermag, ist ein schöner Triumph für die Zweckmässigkeit seiner Bestrebungen; ausserdem hat er neben der patriotischen Geste den materiellen Vorteil, in einer Zeit bedeutend gesteigerten Leihwertes des Geldes eine grosse zinslose Reserve mobilisieren zu können.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 4. August	
Donnerstag, 5. August	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Tellus Bergbau-Ges.
Freitag, 6. August	*G.-V.:* Hohenlohewerke, Waggonfabrik Josef Rathgeber.
Sonnabend, 7. August	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Flensburger Schiffbau-Ges., Franz Méguin Akt.-Ges. Kaliwerke Salzdetfurth, Hotelbetriebs-Akt.-Ges., Pfaudler Werke, Moore Licht Akt.-Ges. i. Liq., Rheinische Lederwerke.
Montag, 9. August	*G.-V.:* Ostafrikanische Bergwerks- und Plantagen-Ges., Konservenfabrik Johann Braun, Zuckerfabrik Culmsee.
Dienstag, 10. August	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Ver. Fassfabriken, Deutsche Palästina-Bank. — *Amerikanischer Saatenstandsbericht.* — *Semestral-Bilanz der Oesterreichischen Credit-Anstalt.*
Mittwoch, 11. August	*G.-V.:* Neue Augsburger Kattunfabrik, Deutsche Rohhaut-Akt.-Ges., Aktien Zuckerfabrik Fallersleben.
Donnerstag, 12. August	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Aktien Zuckerfabrik Neuwerk, Lüneburger Wachsbleiche.
Freitag, 13. August	*G.-V.:* Süddeutsche Lederwerke, Mechanische Weberei Zittau.
Sonnabend, 14. August	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Bank f. Brau-Industrie, Zuckerfabrik Glauzig, Busch Optische Industrie Rathenow, Meess & Nees Akt.-Ges. f. Beton- & Eisenbetonbauten, Westliche Boden-Akt.-Ges., Mechanische Buntweberei Kolb & Schüle. — Schluss der Einreichungsfrist Aktien Rheinische Bank.
Montag, 16. August	*G.-V.:* Mittelrheinische Bank.
Dienstag, 17. August	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Carl Hamel Akt.-Ges., Körting Elektrizitäts-Werke.

Ausserdem zu achten auf: Dividendenerklärung der Canada-Pacific-Bahn und führender deutscher Montanwerke.

Verlosungen: 5. August: Crédit foncier de France $2^3/_5$% und 3% Comm.-Obl. (1875, 1880, 1891, 1899), desgl. 3% Pfandbr. (1909), 4% Pariser 500 Fr. (1875), desgl. 3% 300 Fr. (1912). 10. August: 3% Comm.-Obl Crédit foncier de France (1912), 2% Antwerpener 100 Fr. (1903), 4% Pariser 500 Fr. (1876). 15. August: $2^1/_2$% Brüsseler 100 Fr. (1902), Freiburger 10 Fr. (1878), $2^1/_2$% Griechische Nationalbank Prämien-Anl. (1912). 14. August: 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), Holländische 15 Gld. (1904). 16. August: Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anst. 3% 100 Gld. Präm.-Pfandbr. (1880), Panama-Kanal 400 Fr.

Auch bei der Bank von Frankreich sind die Bemühungen zur Heranziehung des gelben Metalles weiter erfolgreich. Ihr letzter Ausweis zeigt eine Steigerung des Barbestandes um ca. 65 Millionen Franken, dem allerdings eine fast gleich grosse Zunahme des Notenumlaufes gegenübersteht. Es ist nur natürlich, dass in einer Bevölkerung, die so grosse Massen Bargeldes angehäuft hat, wie die französische, eine energische Propaganda für Auslieferung des Goldes, namentlich im Anfange gewisse Erfolge zeitigt, zumal, wenn die Werbetätigkeit auch stark an die Eitelkeit der Spender appelliert, wie es durch Hergabe feierlicher Quittungsdiplome an die Einreicher geschieht. Fraglich bleibt nur, wie lange diese Begeisterung bei dem an sich kleinlichen und misstrauischen französischen Kapitalisten vorhalten wird. Vielleicht werden die Eindrücke von der Ostfront sie bald genug dämpfen. Ein Blick auf die Entwicklung der Devisennotierungen in Paris zeigt aber, wie bitter not eine bessere Fundierung des Notenumlaufes dem Lande tut. Nach kurzer Abschwächung infolge von Anleiheoperationen in London und New York ist die ganze Liste wieder heftig nach oben gegangen; so steht London nach dem Rückgange auf 26,30 wieder beinahe 27, Schweiz nach 104 wieder 105, Skandinavien nach 142 fast 145, Spanien nach 526 fast 535, Holland 226 nach 221, New York 5,62 nach 5,51.

Nur eine Valuta setzt ihren Rückgang unaufhaltsam fort, die russische. Hier vollzieht sich eine Katastrophe der Währung, deren Ausmass nicht abzusehen ist, wenn der Krieg noch lange dauert, oder wenn nicht durch Oeffnung der Dardanellen dem russischen Getreide der Weg ins Mittelmeer gebahnt wird, was hoffentlich nie geschehen wird. Auszahlung Petersburg erreichte in London bereits einen Kurs von 155 gegen etwa 95 in normalen Zeiten und hat sich von diesem Stande durch Gegenmassnahmen der interessierten Behörden auf 147 abgeschwächt. Selbst bei uns, wo der Bedarf für die okkupierten russischen Landesteile noch immer ein gewisses Gegengewicht schafft, ist der Handelspreis für Rubelnoten auf etwa 165 gesunken. Es sieht also bei Freund und Feind gleich trübe mit der russischen Valuta aus, und der Entwertungsprozess muss weiter seinen Lauf nehmen, da dem Zarenreiche die Finanzierung des Krieges mehr und mehr nur noch mit der Notenpresse möglich sein wird. Der Notenumlauf der russischen Staatsbank wird bereits mit 3800 Millionen Rubel ausgewiesen, womit aber noch keineswegs alles Papier angegeben ist, das heute als Zahlungsmittel in Russland emittiert ist. Dagegen hat der Goldbestand trotz der Eigenproduktion des Landes während des Krieges abgenommen. Um so schwerer wirkt die Aussicht auf eine weitere uferlose Zunahme der Notenausgabe. Die Hilfe der Alliierten erstreckt sich, wie man deutlich sieht, im wesentlichen nur auf Vorstreckung derjenigen Beträge, die Russland für seinen Anleihedienst bei den Verbündeten und für gewisse Bezüge von Kriegsmaterial benötigt, und für alles übrige muss der Finanzminister an der Newa selbst sorgen, eine Aufgabe, die mit jedem Tage schwieriger wird.

Am deutschen Markt geht die Entwicklung in ruhigen Bahnen so weiter, wie sie nach den ersten Einzahlungen auf die letzte Kriegsanleihe eingesetzt hatte. Es ist eine

gleichmässige durchgreifende Flüssigkeit vorhanden, die ständig weiter an Intensität gewinnt. Das private Wechselangebot bleibt äusserst knapp, und die Lücke müssen hier die kurzen Schatzwechsel des Reiches und einiger Bundesstaaten ausfüllen, die regelmässig zur Begebung gelangen. Hiervon sind bedeutende Summen untergebracht worden, ohne dass die Flüssigkeit im offenen Markte irgendwelche Aenderung erfahren hätte. Man kann also getrost sagen, dass der Markt zur Aufnahme einer dritten Kriegsanleihe schon heute aufs beste vorbereitet ist.

Die fremden Wechselkurse haben im allgemeinen keine starken Veränderungen erfahren. Skandinavische Valuten sind nach kurzer Erholung neuerlich etwas schwächer; scheinbar findet hier die Einfuhr durch Exporte deutscher Waren ein stärkeres Gegengewicht als bei den anderen Neutralen. Schweiz liegt verhältnismässig gedrückt, nachdem die Einfuhr von dort durch Eröffnung des Krieges mit Italien und durch englische Repressalien auf grössere Schwierigkeiten als bisher stösst.

Justus.

Warenmarktpreise im Juli 1915.

	1.	8.	15	22.	29.	
Weizen New York	$114^3/_4$	111	$115^1/_2$	$119^3/_4$	115	cts. per bushel
Mais Chicago	74	74	$72^1/_2$	$74^3/_8$	$73^5/_8$	cts. per bushel
Mais Berlin	610—620	612—622	614—625	617—627	616—625	M. per Tonne
Gerste Berlin	672—682	675—685	675—690	685—700	—	M. per Tonne
Kupfer London	$80^1/_4$	$77^1/_2$	$76^1/_2$	$75^3/_8$	$71^1/_4$	£ per ton
Zinn London	$170^1/_2$	170	170	165	155	£ per ton
Zink London	105	105	105	102	100	£ per ton
Blei London	$25^3/_4$	24	25	$24^1/_2$	$23^5/_8$	£ per ton
Silber London	$22^{15}/_{16}$	$22^9/_{16}$	$22^9/_{16}$	$22^7/_{16}$	$22^3/_8$	d per Unze
Eisen Glasgow	66/8	67/5	67/1	67/0	66/4	sh/d per ton
Baumwolle New York	9,60	9,20	9,25	9,15	9,35	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	5,16	5,08	4,96	5,07	—	d per Pfd.
Schmalz Chicago	9,40	$8,47^1/_2$	8,30	8,00	7,95	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	7,50	7,50	7,50	7,50	7,50	cts. per Gallone
Eier, frische, Berlin, beste Sorten	8,70—9,00	8,50—8,80	8,50—8,80	7,80—8,60	9,30—9,60	M. per Schock
Kartoffeln (Dabersche) Berlin	8,50—9,50	8,50—10,50	12—14	13—14 neue blaue 19—24	neue blaue 16,50—19	M. per dz
Butter Ia, Berlin	173—176	173—176	177—180	185—188	190—193	M. per dz

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

F. T. Anfrage: „Zwischen einigen Abteilungsvorständen ist folgender Streit entbrannt, zu dessen Schlichtung ich Sie höflichst bitten möchte, als Schiedsrichter auftreten zu wollen. Gesetzt den Fall: eine Firma sendet Wochen vor Ausbruch des Krieges durch Vermittlung eines deutschen Spediteurs Waren nach einem neutralen Hafen — sagen wir Genua — zur Weiterbeförderung z. B. nach Spanien. Im Versandavis schreibt der Absender vor und der Spediteur übernimmt dazu den Versand: Fracht und Zoll zahlbar vom Empfänger. Der deutsche Spediteur ist Vertreter der Speditionsfirma, die in dem betr. Hafenplatz eine Zweigniederlassung unterhält. Auf einmal wird das neutrale Land mit in den Krieg verwickelt und die Ware bleibt in dem betr. Hafen liegen. Ist unter diesen Umständen der Absender, der vom Vertrag doch nicht zurückgetreten ist, verpflichtet, dem Vertreter der Speditionsfirma die Fracht sowie übrigen Auslagen vom Abgangsort bis zum neutralen Hafen zu vergüten, oder muss der Spediteur warten, bis er auf Grund des Avises vom Empfänger Fracht und Spesen bekommt, selbstverständlich ungeschadet des Rechts, sich an die Ware zu halten?"

Antwort: Nach meinem Dafürhalten müsste der Absender der Speditionsfirma im vorliegenden Falle Fracht und Auslagen vergüten. Der Spediteur hat auftraggemäss gehandelt. Durch den Kriegsausbruch ist ihm die Vertragserfüllung durch höhere Gewalt objektiv unmöglich geworden. Die entstandenen Auslagen hat der Auftraggeber zu ersetzen.

X. Y. Anfrage: „Muss die Uebernahme einer Ausbietungsgarantie, die durch hypothekarische Eintragungen einwandfrei sichergestellt ist, in der Bilanz über Avalkonto gebucht werden oder ist dieses nicht erforderlich. Es könnte m. E. im bejahenden Falle nur die ganze in Frage stehende Höchstsumme der Buchung unterworfen sein, da der Betrag, für welchen der die Ausbietung übernehmende Teil evtl. herangezogen werden kann nur in der Höhe begrenzt, aber sonst unbestimmt ist."

Antwort: Eine Verpflichtung, die Ausbietungsgarantie in der Bilanz unter Avalen erscheinen zu lassen, besteht nicht. Dagegen wird das Bestehen einer derartigen Garantie in dem Geschäftsbericht zu erwähnen sein.

F. Sch. Anfrage: „Ich unterhandele mit einer dortigen Firma wegen Uebernahme eines grösseren Postens von Kuxen; der Prospekt enthält die Mitteilung, das auf die Kuxe Zubusse nicht eingezogen werden solle. Hierüber verlangte ich von der Firma, die ein Interesse am Vertrieb der Kuxe hat, insofern Sicherheit, als ich verlangte, diese Zusicherung solle in den mir zu überschreibenden Kuxen vermerkt werden. Die Firma erklärt dies für gesetzlich unzulässig. Indessen seien die beiden Geschäftsführer der Gewerkschaft bereit, die Zubussefreiheit meiner Kuxe zu bestätigen. Ist dies eine nach jeder

Richtung erschöpfende Sicherheit, oder welche Mittel kennt das Gesetz, um eine derartige Vereinbarung wirksam zu machen?"

Antwort: Die Ausschliessung der Zubussepflicht bei Kuxen ist gesetzlich unzulässig. Die Angabe im Prospekt ist nur ein unverbindliches Versprechen, keine gültige Verpflichtung. Der Eigentümer eines Kuxes kann sich gegebenenfalls der Zubussepflicht nur dadurch entziehen, dass er auf sein Anteilsrecht verzichtet und den Kuxschein der Gewerkschaft zur Verfügung stellt. Eine Bürgschaft der Geschäftsführer für die Zubussefreiheit wäre nur in der Form möglich, daß die Geschäftsführer sich verpflichten, für den Fall der Einziehung einer Zubusse ihrerseits die Zubusse für die in Frage kommenden Kuxe zu leisten. Der Wert einer derartigen Verpflichtung hängt praktisch dann von der Solvenz der Geschäftsführer ab.

Plutus-Archiv.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 157 BGB.

Verwirkung einer zugesagten Sondervergütung infolge unangemessenen Verhaltens. Der Beklagte hatte die Anfertigung von Militärtornistern übernommen und dem Kläger, der die kaufmännische Leitung hatte, eine besondere Vergütung zugesagt, wenn die Waren bis zu einem bestimmten Tage fertig sein würden. Der Termin konnte aber nicht eingehalten werden. Der Beklagte behauptet, dass dies auf ein Verschulden des Klägers zurückzuführen sei. Eines Tages war es nämlich zwischen diesem und dem Fabrikmeister zu einem Streit gekommen. Eine bestimmte Gruppe von Arbeiterinnen sollte zu einer festgesetzten Stunde von anderen abgelöst werden. Der Meister liess aber jene weiterarbeiten. Darauf schaltete der Kläger, da sein Widerspruch nichts nützte, einfach die elektrische Leitung aus. Infolgedessen mussten die Arbeiterinnen ihre Tätigkeit einstellen. Auf Veranlassung des Meisters nahmen sie aus den Maschinen die Nadeln, die angeblich ihnen gehört haben, und entfernten sich. Hierauf liess der Kläger von der andern Gruppe Arbeiterinnen die Maschinen wieder instand setzen, was mehrere Stunden in Anspruch nahm und dann arbeiten. Er selbst sowohl wie der Meister waren bei dem Vorfall angetrunken. Der Beklagte behauptet nun, dass diese Vorgänge an denen der Kläger Schuld sei, die Verzögerung der Herstellung veranlasst hätten. Er hätte die elektrische Leitung nicht abstellen dürfen. Der Kläger hingegen macht geltend, die Verzögerung sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die zweite Gruppe der Arbeiterinnen ihre Arbeiten nicht rechtzeitig hätten aufnehmen können, und hieran sei der Meister schuld, der sich seinen Anordnungen hätte fügen müssen. Der Anspruch des Klägers auf die Sondervergütung wird abgewiesen: wenn der Kläger diesen Anspruch geltend mache, so bedeute das, er wolle seine besonderen Bemühungen mit einer in die Form einer Provision gekleideten Gratifikation belohnt sehen. Hierfür sei aber begriffliche Voraussetzung, dass er sich bemühe, die Leistungen zu gewähren, für die er sie verlange. Indessen sein Verhalten stimme mit seiner verantwortlichen Stellung nicht überein. Er hätte dem Meister keinesfalls den Strom abstellen dürfen. Es könne dahingestellt bleiben, ob der Meister richtig gehandelt habe. Jedenfalls hätte der Kläger in dieser Weise seine Rechte nicht wahrnehmen dürfen. Er hätte nötigenfalls zunächst nachgeben müssen und am nächsten Tage vielleicht die Entlassung des Meisters in Anregung bringen können. Durch sein Verhalten aber habe er die Provision verwirkt. (Urteil der V. Kammer vom 17. Juni 1915.)

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die allgemeine Wehrpflicht, ihre Entwicklung und ihre gesellschaftliche Bedeutung. Von Dr. Hans Schreuer, ord. Professor der Rechte an der Universität Bonn. Bonner Vaterländische Reden und Vorträge während des Krieges. Heft VIII. Bonn 1915. Verlag von Friedrich Cohen. Preis 0,40 *M.*

Der deutsche Krieg und die englische Literatur. Von Rudolf Imelmann. Bonner Vaterländische Reden und Vorträge während des Krieges. IX. Heft. Bonn 1915. Verlag von Friedrich Cohen. Preis 0,50 *M.*

Irland und England. Von Rudolf Thurneysen, ord. Professor an der Universität Bonn. Bonner Vaterländische Reden und Vorträge während des Krieges. X. Heft. Bonn 1915. Verlag von Friedrich Cohen. Preis 0,80 *M.*

Die Einheit Europas. Von Dr. Fritz Brüggemann. Bonner Vaterländische Reden und Vorträge während des Krieges. XI. Heft. Bonn 1915. Verlag von Friedrich Cohen. Preis 0,60 *M.*

Die Unternehmungsrisiken. Von Friedrich Leitner. Einzelwirtschaftliche Abhandlungen. Herausgegeben von Friedrich Leitner. Heft 3. Berlin 1915. Druck und Verlag von Georg Reimer. Preis 1,60 *M.*

Vom Risiko im allgemeinen. — Zahlenmässige Darstellung der Risiken. — Die Risikoprämie. — Träger des Gesamtrisikos. — Mittel der Abwehr (Uebersicht). — Mittel der individuellen Selbsthilfe. — Die Risikoüberwälzung. — Die Versicherung. — Selbstversicherung. — Die Risikoverteilung. — Teilung des Risikos. — Die Sicherstellung. — Beschränkung der Verlustgefahr. — Vorbeugende Massnahmen (Kreditschutz). — Rentabilitätssicherung. — Kollektive Abwehrmassnahmen. — Gesetzliche Schutzmassnahmen. — Die sozialwirtschaftliche Bedeutung der Unternehmungsrisiken. — Anhang. — Literaturverzeichnis.

Unsere Flotte im Weltkrieg 1914/1915. Dem deutschen Volke geschildert von Kontreadmiral Kalau vom Hofe. Berlin 1915. Verlag Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Königl. Hofbuchhandlung. Preis 1,60 *M.*

Vorwort. — Helgoland. — Gewitterwolken. — Seestreitkräfte hüben und drüben. — Deutsche Kriegsschiffe im Ausland. — Deutsche Kriegsschiffe in der Heimat. — Die feindlichen Flotten. — England erklärt den Krieg. — Die ersten Schläge. — Der Vorstoss gegen Libau am 2. August 1914. — S. M. S. „Goeben" und „Breslau" verlachen die Feinde im Mittelmeer. — Der Dampfer „Königin Luise"

streut Minen in der Themsemündung 6. August 1914. — Der Beginn des Seekrieges in der Ostsee. — Die deutsche Flotte beherrscht die Ostsee. — Vom Wesen des Kreuzerkrieges. — Das Kreuzergeschwader. — Der Kreuzerkrieg im Atlantischen Ozean. — Der Kreuzerkrieg im Indischen Ozean. — Nordsee. — Beginn des Seekrieges in der Nordsee. — Der Hungerkrieg gegen Deutschland. — Die deutsche Offensive gegen die englische Ostküste. — Der Ueberfall bei Helgoland am 28. August 1914. — Weitere kriegerische Ereignisse in der Nordsee. — England versucht vergeblich, die Nordsee zu beherrschen. — Fortsetzung der deutschen Offensive gegen die englische Ostküste und den Kanal. — Das Seegefecht in der Nordsee am 24. Januar 1915. — Deutsche Unterseeboote gelangen in die Irische See. — Skizzen. —

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1914. Erstattet zu Händen des zwölften ordentlichen Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 14. Juni 1915 in Frankfurt a. M. von dem geschäftsführenden Vorstande Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Bästlein. Hamburg 1915. Druck und Verlag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Preis geb. 4,— M.

Vorläufige Tagesordnung für den 12. ordentl. Genossenschaftstag. — Tagesordnung für die 3. ordentl. Generalversammlung. — Zeiteinteilung des 12. deutschen Genossenschaftstages. — Geschäftsordnung für die Genossenschaftstage. — Weltkrieg und Konsumgenossenschaft. — Wirtschaftliche Kämpfe der Konsumgenossenschaften. — Steuergebiete und andere Rechtsgebiete — Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände 1910—1912. — Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung am 1. Januar 1915. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Tabellenwerk zu: Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände 1910—1912. — Tabellenwerk zu: Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung am 1. Januar 1915. — Weitere Tabellen. — Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. — Bericht der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Rechnungsjahr 1914. — Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes des Zentralverbandes. — Bericht der Fortbildungskommission des Zentralverbandes. — Abrechnung und Voranschläge des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Aufschwung. Ein Roman vom Tage. Von Gustav Kauder. München und Berlin 1915. Verlegt bei Georg Müller. Preis geh. 3,50 M., geb. 5,00 M.

Der neue Werther. Von Hermann Jaques. Berlin-Charlottenburg 1915. Vita, Deutsches Verlagshaus G. m. b. H. Preis geh. 3,— M, geb. 4,— M.

Kriegs-Dividenden- und Kurse-Vergleichs-Tabellen 1914—1915. Von Siegfried Alfred Faltz. Berlin 1915. Verlag von Paul Franke. Preis 2,— M.

Nach Sibirien mit hunderttausend Deutschen. Vier Monate russische Kriegsgefangenschaft. Von Kurt Aram. Berlin 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 1,— M.

Im Krieg in Paris. Beobachtungen eines deutschen Journalisten in Paris 1915. Von C. A. Bratter. Mit einem Vorwort von Fedor von Zobeltitz. Berlin 1915. Concordia, Deutsche Verlagsanstalt. Preis 1,— M.

Die Deutsche Feldpost. Von O. Grosse. Geheimer Postrat und vortragender Rat im Reichs-Postamt. Berlin 1915. Verlag Kameradschaft, Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H. Preis 0,30 M.

Mobilmachung und Organisation. — Was befördert die Feldpost. — Der Feldpaketdienst. — Wie die Feldpost aus der Heimat ins Feld gelangt. — Die Aushändigung der Feldpost im Felde. — Die Post aus dem Felde. — Die Postbeförderung in der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges. — Die Adressierung und Verpackung der Feldpostbriefe. — Truppenverschiebungen und andere Hemmnisse des Feldpostverkehrs. — Der Feldpostverkehr und seine Einwirkung auf die heimischen Postverhältnisse. — Stimmen über die Feldpost: Anerkennungen auf den Schlachtfeldern der Armee des deutschen Kronprinzen. — Die Vielgescholtene: Ein Blick von der anderen Seite. — Grüsse aus der Heimat. — Bei einer bayerischen Feldpost. — Bei einer württembergischen Feldpost. — Von der Etappe. — Aus dem Feldpostbrief eines Offiziers. — Armeebefehl des Armee-Oberkommandos der 6. Armee vom 5. Januar 1915.

Aus der Waffenschmiede. Von Dr. Gottfried Traub, Dortmund. Stuttgart 1915. Verlag von I. Engelhorns Nachf. Preis 2,— M. geb. für Feldpostsendungen, geh. für 1,60 M (10 Pf. Porto).

Geleitwort. — Zum Trost. — Deutschland betet. — Die Stunde. — Im Lazarett. — Hinter der Front. — Die Verlustliste. — Gruss aus der Heimat. — Totensonntag. Weihnachtsgruss. — Tsingtau. — Zu schade. — Jahrabend 1914. — Kamerad. — Wir nehmen nichts? — Mannesehre. — Die hohe Aufgabe. — Ernst. — Briefe aus Kriegszeiten. — Sieghaftigkeit. — Gerechtigkeit. — Eine Prophezeiung und ein Testament. — Ruhe. — Kränken. — Nüchterne Kriegsregeln für die, die zu Hause bleiben. —

Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik nach dem Kriege. Von K. Eichhorn. Hildesheim und Leipzig 1915. Verlagshandlung August Lax. Preis 0,75 M.

Was sollen wir denn tun? Erwägungen und Hoffnungen. Von Reinhold Seeberg. Leipzig 1915. A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung, Werner Scholl. Preis 1,50 M.

Die Frage. — Die innere Lage. — Die inneren Gegensätze: „Zwei Völker" — Idealismus und Realismus. — Die religiösen Gegensätze. — Der innere Gewinn des Krieges. — Das nationale Empfinden. — Was sollen wir tun? — Einwirkung auf die Jugend — Aufgabe der Frauenwelt. — Die deutsche Eigenart. — Die Aufgabe der Erkenntnis des Bösen. — Der Weg zu Idealismus und Sittlichkeit. — Verbindung der idealistischen und realistischen Tendenzen. — Praktisches Christentum und Idealismus. — Kirchliche Aufgaben, die Landeskirche. — Freie kirchliche Verbände, kirchliche Parteien. — Ueberwindung der sozialen Gegensätze, die politischen Parteien der Zukunft. — Religiöse Hilfe zur Lösung der sozialen Spannung. — Der Optimismus der Hoffnung. — Zusammenfassung.

Der sorgenfreie Kriegsinvalide. Die Hinterbliebenenversorgung. Von Walter Salzmann. Ein Vorschlag zur Regelung der Fürsorge für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der gefallenen Helden. Cassel 1915. Verlag von Friedrich Lometsch. Preis 0,25 M.

Wer ermöglicht die Fürsorge. — Wem soll die Fürsorge obliegen. — Wie muss die Fürsorge durchgeführt werden? — Zahlenmässige Uebersicht und Schlusswort.

Die Ausländer in Deutschland. Kritiken des Auslandes zur deutschen Sozial- und Wirtschaftspolitik, sowie zur Fremdenbehandlung während der Kriegszeit. Unter Mitarbeit von Prof. George Stuart Fullerton, New York, Prof. John Burgess, Dr. Petrowski, Björn Björnson, J. Knudsen u. a. zur Entkräftung feindlicher Lügen herangezogen von Leo Colze. Berlin, Leipzig, Wien 1915. Arthur Collignon Verlag. Preis 0,50 M.

Die Zukunft der Türkei im Bündnis mit Deutschland. Eine politische und wirtschaftliche Studie. Von Wilhelm T. Vela. Leipzig 1915. Verlag von K. F. Köhler. Preis 0,75 M.

Unseren Kriegsinvaliden Heim und Werkstatt in Gartensiedlungen. Denkschrift der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft über den Dienst des Vaterlandes an den Kriegsinvaliden und den Hinterbliebenen gefallener Krieger. Ausgearbeitet vom geschäftsführenden Vorstande und dem Ehrenvorsitzenden Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Hermann Salomon z. Z. Chefarzt des Militärreservelazaretts Rennbahn Grunewald. Leipzig 1915. Renaissance-Verlag R. Federn. Preis 1,50 M.

Geleitwort der Kronprinzessin. — Allgemeiner Ueberblick. — Erwerbsfähigkeit — Erwerbsmöglichkeit. — Erwerbstätigkeit. — Die Wohnungsfrage der Invaliden und Hinterbliebenen. — Vom Wesen gemeinnütziger

Gartenstadtsiedlungen. — Welche Siedlungen kommen in Betracht. — Rentengutssiedlungen. — Heimarbeitsreform, ländliche Kleinindustrie und genossenschaftliche Betriebe. — Die Kredithilfe des Reiches. — Die Aufgabe für das Privatkapital. — Eingliederung in die allgemeinen volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. — Praktische Beispiele. — Programm der deutschen Gartenstadt-Gesellschaft.

Die grosse Zeit. Illustrierte Kriegsgeschichte. Mit zahlreichen Karten und Kunstbeilagen. Unter Mitwirkung von Baron von Ardenne, Ernst Bassermann, M. d. R. Max Theodor Behrmann, von der Boek, General der Infanterie, Prof. Dr. Ludwig Edinger, Gustav Adolf Ermann, Matthias Erzberger, M. d. R., Geheimrat Prof. Dr. Eucken und vielen anderen. Band I. Berlin und Wien 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis geb. 12,50 *M.*

Illustrierte Weltkriegschronik der Leipziger Illustrierten Zeitung 1914. Text von Paul Schreckenbach. Leipzig 1915. Verlag J. J. Weber. Vollständig in 20 Lieferungen zu je 0,20 *M.* Gesamtpreis des Werkes 12,— *M.*

Unser Bismarck. Von O. Brüssau. Potsdam 1915. Stiftungsverlag. Preis 0,10 *M.*

Das ist ja ein nettes Jüngchen. — Ich will meine eigene Musik machen. — Ausserdem muss man innerlich fromm sein. — Ich habe den Mut zu gehorchen. — Eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe überrascht mich. — Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse sondern durch Eisen und Blut. — Das neue Deutsche Reich ist die werdende Monarchie. — Im Dienste des Vaterlandes verzehre ich mich. — Ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.

Lieben oder Hassen. Von Dr. phil. Helene Stöcker. Sonderabdruck aus dem Publikationsorgan des Bundes „Die neue Generation." Breslau 1915. Verlag des Deutschen Bundes für Mutterschutz. Preis 0,20 *M.*

Hindenburg. Ein Lebensbild von Hermann Schmökel. Potsdam 1915. Stiftungsverlag. Preis 0,10 *M.*

Die Vorfahren. — Wer ernstlich will, dem gelingts. — Aufs Ganze. — Hindenburg, der Mensch. — Russen heraus! Der Hindenburg kommt. — Der Deichgraf von Ostpreussen. — Ein Mann mit Gott, hat stets die Uebermacht. — Dampfwalze und Dreschmaschine. — Dankt dem da oben! —

Aus Ostpreussens Kriegsnot. Schlichte Bilder aus schwerer Zeit. Gesammelt vom Generalsuperintendenten von Ostpreussen H. Schöttler. Potsdam 1915. Stiftungsverlag. Preis für das Heft 0,10 *M.*

1. Heft: Die Räumung. — 2. Heft: Die Russenzeit. —

Handbuch der Kunstwissenschaft. Herausgegeben von Dr. Fritz Burger, München, in Verbindung mit den Univ.-Professoren Dr. Brinckmann-Karlsruhe, Curtius-Erlangen, Egger-Graz, Hartmann-Strassburg, Herzfeld, Hildebrandt und Wulff-Berlin, Jantzen-Halle, Neuwirth-Wien, Pinder-Darmstadt, Singer-Dresden, Graf Vitzthum-Kiel, Wackernagel-Leipzig, Weese-Bern, Willich und Oberbibliothekar Leidinger-München. Mit ca. 4000 Abbildungen. In Lieferungen zum Subskriptionspreise à 1,50 *M.* Einzelpreis 2,— *M.* Akademische Verlagsgesellschaft, Neubabelsberg. Lieferung 16. Graf Vitzthum, Die Malerei und Plastik des Mittelalters, Heft 1.

Kaufmannsfragen zur Kriegszeit. Volksvereins-Verlag G. m. b. H. M.-Gladbach 1915. Preis 0,40 *M.*

Volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung des selbständigen Kleinhandels. — Einwirkungen des Krieges auf den Kleinhandel. — Unmittelbare Gemeinschaftsaufgaben zur Abwehr der schädlichen Kriegsfolgen. — Mittelbare Gemeinschaftsaufgaben in der Kriegszeit: Reform des Organisationswesens.

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Herausgeber: Prof. Dr. Rehm, Strassburg; Regierungsrat Prof. Dr. Schmid, Wien; Dr. Georg Obst, Breslau; Prof. Dr. H. Nicklisch, Mannheim. Leipzig 1915. Verlag von Carl Ernst Poeschel. Preis 3,50 *M* vierteljährlich.

Heft 3: Die Eigenart der Kriegsnotgesetze. Von Rechtsanwalt Dr. H. Wimpfheimer, Mannheim. — Der Umfang der Reklame in Kriegszeiten. Von Rudolf Seyffert, Mannheim. — Die Gewinnbeteiligung an Erwerbsunternehmungen (Schluss). Von Prof. Friedrich Leitner, Charlottenburg. — Zur einheitlichen Deutung der Buchungsvorgänge. Von Prof. Dr. Hans Hanisch, München. — Das „tägliche Geld" (Call Money). Von Jean Holtz, Nänikon-Uster (Schweiz). — Die jüngste Handelshochschule. Von Prof. Dr. Felix Werner, Königsberg i. Pr. — Nochmals die Versicherungsübereignung von Warenlagern. Von Handelsschuldirektor Dr. Caleb, Strassburg i. Els. — Vorschläge zur Einführung einer praktischen und verlässlichen Kontokorrent-Buchhalterei. Von Dipl.-Kaufm. Eugen Schach, Stettin. — Stinnes. Von Tony Kellen, Essen. — Die Kohlenversorgung der kriegführenden Länder. Von Dr. Richard Hennig, Berlin-Friedenau. — Hamburg im Weltkrieg 1914/1915. Von Wilhelm Leda, Hamburg.

Heft 4: Der Wertpapierhandel im Kriege. Von Dr. Georg Obst, Breslau. — Der Umfang der Reklame in Kriegszeiten (Schluss). Von Rudolf Seyffert, D. H. H. M. Mannheim. — Nachfällige Posten im Kontokorrent. Von Prof. R. Lambert, Marburg. — Der Krieg und die Seefrachtverträge. Von Rechtsanwalt Dr. jur. Werneburg, Cöln a. Rh. — Die Verquickung von Aufzinsung und Entzinsung im Staffelkontokorrent. Von Prof. Ed. Grohmann, Wien. — Rohstoffversorgung und Leistungsfähigkeit der chemischen Industrie und Metallurgie Deutschlands. Von Dr. Max Buchner, Heidelberg. — Das kaufmännische New York während des Krieges. Von Ludwig W. Schmidt, New York. — Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen im Feindesland, — Wirtschaftliches aus der alten Wirtschaftsstadt Reims. Von Robert Schloesser, Mannheim. — Zur Frage der Dampfersubventionen. Von Willy Ross, Hamburg.

Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung. Herausgegeben von E. Schmalenbach. Professor der Handelstechnik an der Handelshochschule Cöln. Leipzig 1915. Verlag G. A. Gloeckner. Preis für das Halbjahr 6,— *M.* Heft 9/10.

Buchhaltung und Verrechnungswesen in Einkaufsgenossenschaften. Von Ewald Gaeb. — Die Organisation einer Kur- und Seebade-Aktiengesellschaft. Von Paul Damm-Etienne.

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 39. Jahrgang. Herausgegeben von Gustav Schmoller. München und Leipzig 1915. Verlag von Duncker und Humblot.

Heft 2: An Lujo Brentano bei seinem siebzigsten Geburtstage. Rede von Eberhard Gothein. — Ueber die Geschichte des Majoritätsprinzipes. Von Otto von Gierke. — Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege. Von Franz Eulenburg. — Produktionsfortschritt und Teuerung. Von W. Eggenschwyler. — Industrie und Bankgewerbe. Studien zur Entwickelung der Beziehungen zwischen beiden. Von Richard Poppelreuter. — Der Bankzinsfuss in Papierwährungsländern. Von Ernst Wagemann. — Der englische Handelskrig gegen Deutschland. Eine handelspolitische Studie. Von Paul Jacobs. — Argentinien im deutsch-englischen Wirtschaftskampf. Von H. F. Crohn. — Grosstädtische Bodenpreise. Von Rud. Eberstadt. — Die belgische gewerbliche Aufnahme von 1910. Von Paul Kollmann. — Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverein? Seine Voraussetzungen und Aussichten. Von Karl Keller. — Flurgemeinschaft und Feudalität. Von Rudolf Leonhard. — Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland. Von Clemens Heiss. — Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet. Von Clemens Heiss.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen **sämtlicher** deutschen Aktiengesellschaften.)

A.-G. Berliner Luxuspapierfabrik vormals Hohenstein & Lange i. Liqu., Berlin, 11. 8., 7. 8., 20. 7. • A.-G. Hellerhof, Frankfurt a. M., 13. 8., 6. 8., 19. 7. • A.-G. Körtings Electricitäts-Werke, Berlin, 17. 8., 13. 8., 26. 7. • Actien-Gesellschaft Zuckerfabrik Culmsee, Culmsee, 9. 8., —, 23. 7. • A.-G. für Cartonnagenindustrie, Loschwitz bei Dresden, 16. 9., 13. 9., 28. 7. • A.-G. für Electrizitäts-Industrie, Hamburg, 14. 8., 7. 8., 24. 7. • A.-G. für Kunstdruck, Dresden, 16. 8., 12. 8., 17. 7. • Actien-Ziegelei Braunschweig, Braunschweig, 7. 8., —, 20. 7. • Actien-Zuckerfabrik Fallersleben, Fallersleben, 11. 8., —, 22. 7. • Actien-Zuckerfabrik Neuwerk b. Hannover, Hannover, 12. 8., 10. 8., 20. 7. • Actien-Zuckerfabrik in Ottmachau, Ottmachau, 10. 8., —, 21. 7. • Actien-Zuckerfabrik Uelzen, Uelzen, 30. 7., —, 23. 7. • Apparate-Industrie A.-G. Berlin, 6. 8., 3. 8., 19. 7. • Arienheller Sprudel und Kohlensäure-A.-G. Arienheller-Rheinbrohl, Cöln, 16. 8., 11. 8., 23. 7.

Bank für Brau-Industrie, Berlin, 14. 8., 10. 8., 21. 7. • Bayerische A.-G. für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate, München, 20. 8., 16. 8., 29. 7. • Bernburger Saalmühlen, Bernburg, 20. 8., 17. 8., 27. 7. • Brauerei Glückauf i. Liqu., Blankenburg a. H., 17. 8., 14. 8., 27. 7. • Buchdruckerei A.-G. Passavia, Passau, 10. 8., —, 20. 7. • Emil Busch, A.-G., Optische Industrie Rathenow, Rathenow, 14. 8., 13. 8., 24. 7.

„**C**eres", Korn- und Futterstoffhandlung A.-G., Apenrade, 14. 8., —, 29. 7.

Danziger Allgemeine Zeitung A.-G., Danzig, 11. 8., 7. 8., 16. 7. • Deutsche Palästina-Bank, Berlin, 10. 8., 4. 8., 19. 7. • Deutsche Rohhaut-A.-G., Berlin, 11. 8., —, 24. 7. • Deutscher Kurier A.-G., Berlin, 16. 8., 12. 8., 22. 7. • Dresdner Kunstdruckerei A.-G. i. Liqu., Dresden, 17. 8., 13. 8., 15. 7.

Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, München, 21. 8., 18. 8., 29. 7. • Eisenwerk Marinlamitz A.-G., Hof, 14. 8., —, 19. 7. • Electrizitätswerk Crottorf, Dessau, 21. 8., 12. 8., 28. 7.

Fabrik nietloser Gitterträger A.-G., Düsseldorf, 10. 8., 5. 8., 5. 7.

Galvanische Metall-Papier-Fabrik A.-G., Berlin, 18. 8., 16. 8., 19. 7. • Gasbeleuchtungs-A.-G. zu Oberfrohna i. Sa., Oberfrohna i. Sa., 10. 8., —, 22. 7. • Gas- und Elektrizitätswerke Dramburg A.-G., Bremen, 13. 8., 9. 8., 24. 7. • Gaswerk Arolsen A.-G., Bremen, 16. 8., 13. 8., 20. 7. • Gaswerk Gross- u. Klein-Räschen A.-G., Bremen, 11. 8., 8. 8., 20. 7. • Gaswerk Ichtershausen A.-G., Bremen, 13. 8., 9. 8., 24. 7. • Gesellschaft für Krankenpflege, Aachen, 9. 8., —, 19. 7. • H. von Gimborn A.-G., Emmerich, 14. 8., 10. 8., 22. 7. • Granitwerke Steinerne Renne A.-G., Hannover, 2. 8., —, 17. 7. • Gruppen-Gas- und Elektrizitätswerk Bergstrasse A.-G., Bensheim, 7. 8., —, 17. 7.

Johannes **H**aag, Maschinen- und Röhrenfabrik A.-G., Augsburg, 12. 8., 7. 8., 21. 7. • Carl Hamel A.-G. Schönau b. Chemnitz, Chemnitz, 17. 8., 13. 8., 22. 7. • Handelsgesellschaft für Grundbesitz, Berlin, 24. 8., 20. 8., 21. 7. • Hartung A.-G., Berliner Eisengiesserei und Gussstahlfabrik, Berlin-Lichtenberg, 19. 8., 16. 8., 24. 7. • W. Hirsch A.-G. für Tafelglasfabrikation, Radeberg, 21. 8., 14. 8., 8. 7. • Holzstoff-, Lederpappen- und Papierfabrik, Wasungen, 16. 8., 12. 8., 23. 7.

Industrie-Land A.-G., Bremen, 18. 8., —, 17. 7.

Kleinbahn-A.-G. Cüstrin-Hammer, Berlin, 13. 8., 29. 7., 14. 7. • Kleinbahn-A.-G. Stendal-Arneburg, Arneburg, 16. 8., 12. 8., 27. 7. • Kaiserbrauerei A.-G., Kiel, 10. 8., 7. 8., 21. 7. • Kathol. Gesellenherberge Karlsruhe A.-G., Karlsruhe, 2. 8., 29. 7., 19. 7. • Konservenfabrik Johann Braun A.-G., Worms, 9. 8., 5. 8., 19. 7. • G. A. Krause & Co. A.-G., München, 16. 8., 11. 8., 23. 7.

Lahrer Strassenbahn-Gesellschaft, Lahr, 17. 8., 14. 8., 26. 7. • Landshuter Kunstmühle C. A. Meyers Nachf. A.-G., Landshut, 16. 8., —, 28. 7. • Licher Spar- und Credit-A.-G., Lich, 7. 8., —, 19. 7. • B. Liebold & Co. A.-G., Holzminden, 6. 8., 3. 8., 19. 7. • Lüneburger Wachsbleiche J. Börstling A.-G., Lüneburg, 12. 8., 8. 8., 24. 7.

Mech. Weberei vorm. Kolb & Schüle A.-G., Kirchheim-Teck, 14. 8., 10. 8., 28. 7. • Mechanische Weberei in Zittau, Zittau, 13. 8., 9. 8., 24. 7. • Meess & Nees, A.-G. für Beton- & Eisenbetonbauten in Hoch- und Tiefbau i. Liqu., Karlsruhe, 14. 8., 8. 8., 19. 7. • Franz Méguin & Co., A.-G., Dillingen-Saar, 7. 8., —, 19. 7. • Memeler Kleinbahn-A.-G., Memel, 3. 9., 31. 8., 26. 7. • Metall-Zieherei A.-G. Cöln-Ehrenfeld, Cöln, 14. 8., 8. 8., 20. 7. • Mittelrheinische Bank, Koblenz, 16. 8., 12. 8., 26. 7. • Reinhard Müller A.-G. Gutach Amt Wolfach, Karlsruhe, 21. 8., —, 21. 7.

Neumärkische Kartoffeltrocknung, Spiritusbrennerei und Molkerei A.-G., Lippehne Nm., 28. 8., 26. 8., 24. 7. • Neue Augsburger Kattunfabrik, Augsburg, 11. 8., 7. 8., 19. 7.

Ostafrikanische Bergwerks- und Plantagen-A.-G., Berlin, 9. 8., 5. 8., 15. 7.

Papier- und Tapetenfabrik Bammental A.-G., Bammental, 14. 8., 10. 8., 26. 7. • Parkettfabrik Rosenheim-Langenargen A.-G., Rosenheim, 9. 8., —, 14. 7. • Pfandler-Werke A.-G., Schwetzingen, 7. 8., 4. 8., 23. 7. • Preussische Portland-Cementfabrik Neustadt W.-Pr., Neustadt W.-Pr., 16. 8., 12. 8., 26. 7.

Rastenburger Dampfziegelwerke A.-G. i. Liqu., Rastenburg, 2. 8., —, 19. 7. • Anton Reiche A.-G., Dresden, 16. 8., 12. 8., 17. 7. • Rheinische Kunstseidefabrik A.-G., Aachen, 17. 8., 11. 8., 24. 7. • Rotophot A.-G. für graphische Industrie, Berlin, 20. 8., —, 29. 7.

Salpeterwerke Augusta Victoria A.-G., Bremen, 16. 8., 14. 8., 21. 7. • Solbad Raffelberg, Mülheim (Ruhr), 17. 8., 13. 8., 21. 7. • Sömmerdaer Zeitung A.-G., Erfurt, 16. 8., 12. 8., 24. 7. • Süddeutsche Baumwolle-Industrie in Kuchen, Stuttgart, 4. 9., 31. 8., 21. 7. • Süddeutsche Lederwerke, St. Ingbert, 13. 8., 6. 8., 19. 7. • Sylter Dampfschiffahrt-Gesellschaft A.-G., Hamburg, 14. 8., 10. 8., 17. 7.

Schieferbergbau A.-G., Limburg a. d. L., 10. 8., —, 15. 7. • Schöneberg-Friedenauer Terrain-Gesellschaft, Berlin, 21. 8., 17. 8., 28. 7.

Terrainges. Herzogpark, München-Gem., 10. 8., 6. 8., 12. 7. • F. Thörls Vereinigte Harburger Oelfabriken A.-G., Harburg, 21. 8., 17. 8., 28. 7. • Thüringer Malzfabrik Grossengottern A.-G., Grossengottern, 15. 8., 14. 8., 26. 6.

Vereinigte Fassfabriken A.-G., Cassel, 10. 8., 6. 8., 14. 7. • Vogtl. Kunstmöbel-Industrie A.-G., Ernst Seidel, Auerbach i. V., 19. 8., 15. 8., 21. 7. • Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk A.-G., Bremen, 14. 8., 11. 8., 24. 7. • Vogtländisches Elektrizitätswerk A.-G., Bergen i. V., 11. 8., 7. 8., 12. 7.

Waldsiedlung Spandau A.-G., Spandau, 10. 8., —, 12. 7. • Westliche Boden-A.-G. i. Liqu., Berlin, 14. 8., 11. 8., 20. 7. • Woldegker Actien-Zuckerfabrik, Woldegk, 12. 8., —, 24. 7.

Zuckerfabrik Glauzig, Leipzig, 14. 8., 11. 8., 2. 7. • Zuckerfabrik Rastenburg, Rastenburg, 2. 8., —, 20. 7. • Zuckerfabrik Strasburg U.-M., Strasburg U.-M., 31. 7. —, 16. 7.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Curt Eisfeld in Berlin